:antifaschistische nachrichten **Nr. 13**

g 3336 30.6.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Gewerkschaften und Rechtsextremismus“

Rechtsextreme Einstellungen sind auch bei Gewerkschaftsmitgliedern zu finden. Das ist nicht neu und auch nicht verwunderlich, denn die Mitgliedschaft der Gewerkschaften ist nicht homogen und nicht von Natur aus „links“. Ein von der Hans-Böckler- und der Otto-Brenner-Stiftung gefördertes umfangreiches Forschungsprojekt an der FU Berlin zum Thema „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“, das im Juni der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, bestätigt dies:

Gemessen an einer Rechtsextremismus-Skala, die das Team von Prof. Dr. Richard Stöss, Prof. Dr. Bodo Zeuner und Dr. Michael Fichter von der FU Berlin

Tabelle 1: Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet 2003 (%)

[Skala REXL]	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
West	18,4	17,8	18,1
Ost	22,5	28,1	27,1
BRD	19,1	20,0	19,9

entwickelt hat, haben 19 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder (Nicht-Mitglieder 20 Prozent) extrem rechte Einstellungen, wobei der Prozentsatz bei den den Mittelschichten (Facharbeiter und verantwortliche Angestellte) zuzurechnenden Mitgliedern höher liegt als bei den einfachen Arbeitern.

Aufgabe der Studie war es, Formen, Ausbreitung und Ursachen von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen innerhalb der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft zu untersuchen und Strategien für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch innerhalb der Gewerkschaften zu entwickeln.

Die 600-Seiten-Studie ist zu umfangreich, um ihre Ergebnisse hier im Einzelnen schon zu beurteilen. In der Kurzfassung verweisen die Autoren darauf, dass sie bei ihrer Ursachenforschung eine sehr breite Palette von möglichen Ursachen für Rechtsextremismus zugrunde gelegt haben.

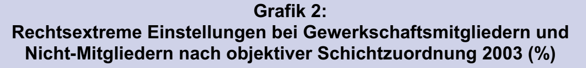
Inhalt:

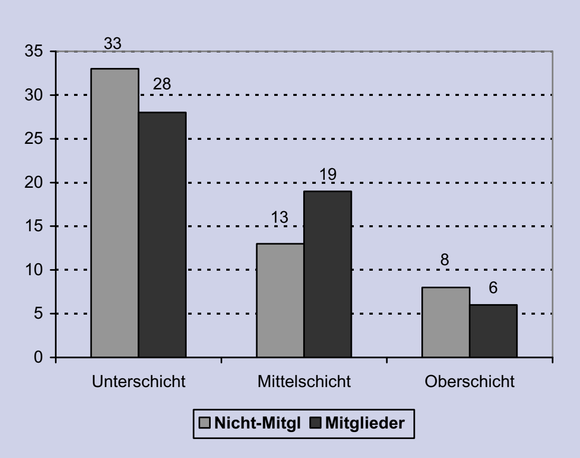
Ein Beispiel: Für die derzeit in der Industriesoziologie favorisierte These, dass Rechtsextremismus bei Arbeitnehmern vor allem durch die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse verursacht sei, lieferten die Daten zwar viel empirische Evidenz, letztlich entscheidend dafür, ob und wie stark Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen zum Rechtsextremismus neigen, seien aber ihre sozio-politischen Orientierungen: „Ein prekär beschäftigter Arbeitnehmer mit starken demokratischen Überzeugungen wehrt Rechtsextremismus eher ab. Wenn Prekarität aber mit autoritären Überzeugungen oder sogar mit systemkritischen Orientierungen verbunden ist, dann sind mit hoher Wahrscheinlichkeit starke rechtsetreme Neigungen vorhanden.“ so die Autoren. Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus hänge weniger davon ab, wie problematisch ihr sozialer Status ist, sondern vor allem davon, wie sie die aus ihrem sozialen Status resultierenden Probleme subjektiv verarbeiteten.

Für das Handeln der Gewerkschaften halten die Autoren u.a. fest:

- „Gewerkschaften können nur dann gegen Rechtsextremismus wirksam sein, wenn sie sich deutlich als Wertegemeinschaft – und nicht nur als Arbeitsmarktkartell oder gar als Dienstleistungsunternehmen zur individuellen Förderung ihrer Kunden/Mitglieder – verstehen und dies auch in der Binnen- und in der Außenkommunikation deutlich machen. Dazu gehört insbesondere das Eintreten für die Verbindung der Werte ‚Soziale Gerechtigkeit‘ und ‚Demokratie‘ als Grundlage gewerkschaftlichen Handelns.“
- Das Thema ‚Anfälligkeit gegen Rechtsextremismus‘ gehört als strategische Zukunftsaufgabe offensiv in den ‚Mainstream‘ der gewerkschaftspolitischen Analysen, Bildungs- und Handlungsansätze. Ein Vorgehen als Beiprogramm mit Sonderstatus bleibt wirkungslos. (Kurzfassung S. 14)

Die Äußerungen Lafontaines „Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“ erscheinen vor dem Hintergrund dieser Studie nicht verwunderlich und sind keine „Ausrutscher“. Auf Seiten der Rechten haben sie bereits zu Reaktionen geführt: die NPD bemängelt, für diese Position seien sie das Original und Thomas Wulff





Lesebeispiel: Von den Gewerkschaftsmitgliedern, die der Unterschicht angehören, sind 28 Prozent rechtsextrem eingestellt, bei den Nicht-Mitgliedern sind es 33 Prozent. Von den Mitgliedern, die der Mittelschicht angehören, sind 19 Prozent rechtsextrem eingestellt, dagegen sind es nur 13 Prozent bei den Nicht-Mitgliedern der Mittelschicht. Von den Mitgliedern, die der Oberschicht angehören, sind nur sechs Prozent rechtsextrem eingestellt.

(NPD) ruft im Internet jetzt dazu auf, in die WASG einzutreten – „Ihr werdet merken, viele von denen denken so wie wir“. Umso notwendiger, dass sich die neue „Linkspartei“ und ihr Führungspersonal klar gegen Rassismus und Neofaschismus positioniert. *u.b.* ■

i Die Kurzfassung ist unter www.einblick.dgb.de/ zu finden. Download der kompletten Studie: http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm

Trettners Rückkehr

MÖNCHENGLADBACH. In der rechten Presse wurde der in Mönchengladbach lebende General a.D. Heinz Trettner heftig gefeiert, als er kürzlich kundtat, das er wegen der Umbenennung der Mölders-Kaserne der Einladung des SPD-Verteidigungsministers Struck zum Festakt „50 Jahre Bundeswehr" nicht folgen werde. Der von den Nazis als „Held" gefeierte Jagdflieger Mölders hatte mit der deutschen „Legion Condor" den spanischen Franco-Faschisten geholfen, die Republik zu beseitigen. Auch der 1907 geborene Heinz Trettner war – sogar ranghöher – Angehöriger der Nazi-Freiwilligentruppe „Legion Condor".

Im März 1937 war Trettner Staffelkapitän in jener „Kampfgruppe 88", die die beiden friedlichen baskischen Städte Durango und Guernica bombardiert hatte. 248 Menschen in Durango, darunter 14 Nonnen und ein Priester und 1654 Menschen in Guernica wurden bei diesem Kriegsverbrechen getötet, weitere 889 wurden verletzt.

1938 wurde Trettner, zurück in Deutschland, 1. Generalstabsoffizier der 7. Fliegerdivision. Diese Elitedivision Görings war für Spezialaufgaben im Rahmen der Blitzkriegstrategie der Nazis zuständig.

Als Stabschef des Generals Student bereitete Major Trettner die völkerrechtswidrige Bombardierung Rotterdams im Mai 1940 vor. Die Waffenruhe brechend – es liefen gerade Verhandlungen über die Kapitulation – wurde Rotterdam bombardiert. 874 Menschen wurden dabei getötet, über 2000 verletzt, 70 000 obdachlos.

Für dieses Verbrechen wurde Trettner von Hitler mit dem „Ritterkreuz" ausgezeichnet. In den folgenden Jahren plante und organisierte Trettner militärische Aktionen in zahlreichen Ländern. Nach der Landung der alliierten Truppen in Italien befehligte Trettner dort die 4. Fallschirmjägerdivision. Bei ihrem Rückzug hinterließ seine Truppe eine tote Zone zerstörter Dörfer und Städte, darunter Frosinone, Itri, Fondi, Velletri, Gaeta, Tivoli, Capua und Littoria. „Die Fallschirmjäger haben einen noch schlimmeren Ruf als die SS. Sie betragen sich in der Tat wie Menschen, die drauf und dran sind, das Feld zu räumen und nun soviel Beute wie möglich mitgehen lassen wollen, eine große Spur von Zerstörung und Trauer hinterlassend", notierte der Florentiner Rechtsanwalt Gastano Casoni am 22. Juli 1944 in sein Tagebuch. Unter dem Oberbefehl Trettners kam es in Florenz zu umfangreichen Sprengvorbereitungen und Zerstörungsmaßnahmen. Zahlreiche Brücken und weltberühmte Bauwerke wurden gesprengt und Artillerie der 4. Fallschirmjägerdivison schoss von den Höhen im Norden auf die Stadt. In der Kleinstadt Fiesole ließ Trettner 500 der 2000 Einwohner zu Schanzarbeiten in der „Gotenlinie" zusammentreiben. Viele von ihnen wurden dabei ermordet. Drei Carabinieri, die nicht zu Repressalien gegen die eigene Bevölkerung herangezogen werden wollten, wurden auf Befehl des Divisionsstabes Trettners erschossen. Für diese Verbrechen wurde Trettner am 17. September 1944 von Hitler zum „Träger des Eichenlaubs zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes" ernannt.

Selbst nachdem das Oberkommando der deutschen Heeresgruppe am 1. Mai 1945 die Kapitulation angeboten hatte, setzte der Durchhaltegeneral den sinnlosen Kampf auf eigene Faust noch vier weitere Tage fort.

Für diese Kriegsverbrechen wurde Trettner in der Bundesrepublik nie vor ein Gericht gestellt!

Ganz im Gegenteil machte er – wie viele andere seiner ehemaligen Mitstreiter auch – unter CDU-Bundeskanzler Adenauer wieder Karriere in der neugebildeten Bundeswehr: Zuletzt war er als Generalinspekteur der Bundeswehr und Chef des Führungsstabes tätig.

Abgesehen von dem Skandal, das Trettner noch immer auf irgendwelchen Gästelisten des Bundesverteidigungsministeriums steht, pflegt dieser die Verbindungen zu „alten Kameraden" in weit rechts angesiedelten Soldatenverbänden wie dem „Verband Deutscher Soldaten" (VdS), dem auch ehemalige Waffen-SSler angehören und der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" (OdR).

Geld aus seiner sicherlich ansehnlichen Pension spendete er auch schon für das „Hilfswerk" des VdS.

Auch griff er für das „Deutsche Soldatenjahrbuch" zur Feder, das vom rechtsextremen „Schild-Verlag" herausgegeben wurde, der 1950 von dem früheren NS-Kreisleiter Helmut Damerau gegründet worden war. Im Mai diesen Jahres war Trettner auch Mitunterzeichner eines Aufrufs des „Institut für Staatspolitik" das um die extrem rechte Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" angesiedelt ist. *hma* ■

„Freibund"-Sommerlager

BIBERACH/NEBRA. Der dem neofaschistischen „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ) entstammende „Freibund" will in diesem Jahr zwei „Sommerlager" durchführen. Das Süd-Lager will sich vom 27.8. bis 4.9. „nahe Biberach" dem Thema „Gebrüder Grimm" widmen, das Nord-Lager vom 16.7. bis 24.7., „nahe Nebra" dem „frühzeitlichen Leben".

Interessenten erhofft man sich auch bei der Leserschaft der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit", in der u.a. für die „Sommerlager" geworben wurde. *hma* ■

Internetadressen, die über die Aktionen in Wunsiedel informieren:
www.ns-verherrlichung-stoppen.tk
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de
www.wunsiedel-ist-bunt.de
Wunsiedels Jugendinitiative:
www.jugendini-wunsiedel.de
Tournee „Laut gegen Nazis"
Start am 20.08.05 in Wunsiedel
www.dezibel-promo.de

Ex-Generalmajor bei der „DNZ"

BONN. Der ehemalige Chef des „Militärischen Abschirmdienstes" (MAD) von 1977 bis 1980, Generalmajor a.D. Gerd-Helmut Komossa, hat der „Deutschen Nationalzeitung" (DNZ) des DVU-Chefs Gerhard Frey ein Interview gegeben. Als Wehrmachtsangehöriger in „den Kämpfen des Ostens" hatte Komossa von 1943 bis 1945 das Eiserne Kreuz 1. Klasse, das Sturmabzeichen in Silber und die Nahkampfspange in Silber erhalten. Gegenüber der „DNZ" tritt er für einen „behutsamen" Einsatz deutscher Soldaten „außerhalb Europas" ein. Mit dem 1998 verstorbenen Ritterkreuz-Träger und FDP-Politiker Erich Mende, der auch bei der HIAG als Redner aufgetreten war, verstand er sich gut. „Wir waren auf einer Linie", so Komossa. Die seiner Meinung nach „reale Bedrohung aus der Sowjetunion" sei 1956 der Grund für ihn gewesen, der neugebildeten Bundeswehr beizutreten.

Neben seinen Aktivitäten für die „Gesellschaft für die Einheit Deutschlands" ist der im damaligen Ostpreußen geborene Ex-Generalmajor auch Autor im „Ostpreußenblatt/PAZ" der „Landsmannschaft Ostpreußen". Komossas letztes Buch mit dem Titel „Von Masuren an den Rhein" erschien im österreichischen Stocker-Verlag. *hma* ■

Geldstrafe für Latussek

ERFURT. Der ehemalige Vorsitzende der „Bund der Vertriebenen" (BdV), Paul Lattusek, ist wegen „Volksverhetzung" zu einer Geldstrafe über 3600 Euro verurteilt worden. Es sei erwiesen, das Latussek 2001 auf einer BdV-Versammlung die Verbrechen des Nazi-Regimes verharmlost habe, so die Richter des Landgerichts. Latussek habe vorsätzlich gehandelt. Der Bundesgerichtshof hatte das erste Urteil, einen Freispruch, wieder aufheben müssen. *hma* ■

Antifa Demo gegen das NPD-Open Air am 9. Juli

GERA. Neben dem „Thüringentag der nationalen Jugend" in Weimar und dem

HUDE. Seine Vorliebe für teure Hotels ist dem niedersächsischen CDU-Landtagsabgeordneten Thorsten Thümler aus Hude bei Oldenburg zum politischen Verhängnis geworden. Thümler, erst seit 2003 im Hannoveraner Parlament vertreten, gab unter starkem öffentlichen Druck sein Mandat zurück. Ferner verabschiedete er sich von seinen Ämtern als Kreistagsabgeordneter und CDU-Fraktionschef im Gemeinderat von Hude.

Karriere-Ende für CDU-MdL Thorsten Thümler:

Rechts-Ausleger kippt über Hotel-Affäre

von Thomas Klaus

Hintergrund: Nach Recherchen der in Oldenburg erscheinenden „Nordwest-Zeitung“ hatte der 34-jährige Ex-Bankkaufmann in Luxusherbergen „angeklopft“ und sich als Reisejournalist ausgegeben. Er wollte auf diese Weise eine kostenfreie oder zumindest preislich reduzierte Unterbringung erreichen. Dieses gelang ihm zum Beispiel im Kempinski-Grand-Hotel in Heiligendamm an der Ostseeküste, wo er Mitte Juni gemeinsam mit seiner Freundin „für lau“ abgestiegen war.

Zum „Beweis“ der behaupteten Tätigkeit als Reisejournalist hatte Thümler einen Artikel gefaxt, dessen tatsächliche Autorenkennung unleserlich gemacht worden war. Außerdem hatte er sich als Geschäftsführer der „Norddeutschen Medien- und Marketingagentur“ mit Sitz in Hannover ausgegeben. Die existiert anscheinend jedoch nur auf dem Papier; die Postanschrift entsprach die seiner Lebensgefährtin und Parlamentsmitarbeiterin.

Thorsten Thümler, der in der CDU-Landtagsfraktion die Funktion des jugendpolitischen Sprechers ausgeübt hatte, war beziehungsweise ist auch im Besitz eines Presseausweises des Landesverbandes Brandenburg im Deutschen Journalisten-Verband (DJV). Dieses Dokument erleichterte dem Politiker seine Kontaktaufnahme zu renommierten Hotels. Ausgestellt wurde es bereits 1991, als Thümler noch Student war. Damals behauptete er, für die Pressestelle des Deutschen Bauernverbandes zu arbeiten. Der DJV Brandenburg wird von Torsten Witt geführt, einst Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender des rechts von der FDP angesiedelten „Bundes Freier Bürger“ (BfB). Witt engagierte sich stark gegen den Bau des Holocaust-Mahnmals in Berlin und wurde auch schon gemeinsam mit dem berüchtigten Rechtsextremisten Horst Mahler auf einer Demonstration gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gesichtet.

Gegenüber der NWZ hatte Thorsten Thümler eingeräumt, mit dem Schreiben noch keinen Cent verdient zu haben. Er versuche jedoch, „journalistische Gehversuche mit Urlaub zu kombinieren“.

Mit der „Hotel-Affäre“ hatte Thümler nicht zum ersten Mal viel Staub aufgewirbelt. 2003 hatte er in einer Zeitungsannonce „kritische Solidarität“ mit dem wegen antisemitischer Äußerungen umstrittenen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann bekundet, sich davon aber später distanziert. Thümler und Hohmann kannten sich persönlich – aus der Zeit, in der der Niedersachse beim Innenminister des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm, verantwortlich für Grundsatzfragen gewesen war.

Schönbohm wurde auch dadurch bekannt, dass er für die ultrarechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ geschrieben hatte, die vom Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen beobachtet wird.

In seiner Heimat Hude hatte sich Thümler unter anderem gegen eine Umbenennung der Carl-Diem-Straße stark gemacht; der NS-Funktionär Diem war unter anderem Generalsekretär der Olympischen Spiele 1936 in Deutschland. Die Begründung des CDU-Mannes: Man könne doch nicht alle Straßen nach Political-Correctness-Gesichtspunkten umbenennen.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag kann sich Thorsten Thümler nun zumindest über ein Übergangsgeld von fast 22.000 Euro freuen. ■

„Fest der Völker“ in Jena haben Nazis aus der NPD- und Kameradschaftsszene das dritte Jahr in Folge ein NPD Open Air in Gera angemeldet, welches dieses Jahr den Titel „Rock für Deutschland“ trägt. Dabei sollen sechs Nazibands, darunter „Kraftschlag“, „Radikahl“ und „Eugenik“ auftreten, die in Verbindungen zum „Blood & Honour“-Spektrum stehen.

Zudem sind als Redner Udo Voigt (NPD-Parteivorsitzender) und Frank Schwerdt (NPD-Thüringen Parteivorsitzender) angekündigt, welche ihre antisemitischen, rassistischen sowie nationalistischen Ideologeme verbreiten. Das heißt: Erneut ein Nazikonzert mitten in der Innenstadt und somit der Versuch, für diesen Tag eine „National befreite Zone“ zu schaffen.

Die [Antifaschistische Aktion Gera [AAG] wird mit bundesweiter Unterstützung von Antifa-Gruppen dem von Rassismus, Standortlogik und Repression gegen AntifaschistInnen geprägten Zustand mit einer kraftvollen antifaschistischen Demonstration entgegentreten!

Antifa Demo 9. Juli 2005, Gera,
11 Uhr, Platz der Demokratie

Antifaschistische Aktion Gera [AAG] in cooperation mit Antifa Aufstand Köpenick [AAK]

„Fest der Völker“ und „EuroFest 2005“ in Griechenland als Schritt zur „Europäischen Nationalen Front“ (ENF)

Nach dem Desaster bei dem geplanten internationalen Neonazitreffen „Fest der Völker“ am 11. Juni 2005 in Jena planen europäische Neonazis, darunter natürlich auch die NPD, ein weiteres Festival in Griechenland.

Dieses soll vom 16. bis 18. September als „First Paneuropean Nationalist summer Camping“ unter dem Motto „Our Europe ... not theirs. Turkey OUT of Europe!“ stattfinden. Beide Festivals sind weitere Schritte zur Schaffung einer neofaschistischen „Europäischen Nationalen Front“ (ENF) unter Federführung der NPD.

Am 11.6. sollte im thüringischen Jena ein großes Treffen europäischer Neonazis und Neofaschisten stattfinden, wobei die Redner aus elf Ländern noch durch neun Bands aus dem Umfeld der verbotenen Neonazi-Skinhead-Organisation „Blood and Honour“ unterstützt wurden. Entgegen der Erwartungen der Nazis, insbesondere der beiden Jenaer Nazi-Kader und Anmelder Ralf Wohlleben und Andre Kapke, aber auch der Antifa und der Polizei kamen weit weniger als die ursprünglich angenommenen 1000 bzw. mehr TeilnehmerInnen. Ein breiter antifaschistischer und bürgerlicher Protest und eine gelungene Besetzung des zunächst für das Nazi-Fest vorgesehenen Platzes ließen das traurige Nazi-Häuflein letztendlich in Badelatschen auf einem Baumarkt-Parkplatz am Stadtrand „feiern“. In völliger Verkennung ihres Desasters werten die Organisatoren die Veranstaltung als vollen Erfolg und haben gleich für die nächsten zehn Jahre Wiederholungen in Jena angekündigt.

Auffällig war an dem „Fest der Völker“ die starke Beteilung von Neonazis und Faschisten aus anderen europäischen Ländern. Angekündigt waren zuletzt neben zwei deutschen Rednern elf weitere

Redner aus zehn Ländern (Großbritannien, Schweden, Niederlande, Schweiz, Italien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Griechenland). Außerdem gab es Grußworte „aus der Ostmark" und einen russischen Gast, was aber den meisten der anwesenden deutschen Nazis dann doch zu viel an Völkerfreundschaft war.

Laut eigener Darstellung sprach sich der Neonazi-Kader „Patrick Wieschke vom Nationalen Widerstand Thüringen ... an kämpferischer Ansprache gegen den EU-Bürokratismus und den Beitritt der Türkei zur EU aus." In dasselbe Horn stieß der Vertreter der griechischen „Golden Dawn"-Bewegung, der Skinhead Nick Giohalas. Auch er meinte in seiner Rede, „dass wir die Türkei nicht zu Europa zählen und diese nicht in ein europäisches Konzept von Nationalstaaten gehört", und salbaderte irgendetwas von Groß-Griechland und Konstantinopel als griechischer Hauptstadt [http://de.wikipedia.org/wiki/Konstantinopel]. [1]

Vom 16. bis 18. September organisiert nun die griechische „Golden Dawn"-Bewegung in enger Zusammenarbeit mit der NPD (Deutschland), FORZA NUOVA (Italien), LA FALLANGE (Spanien), NOUA DREAPTA (Rumänien) und anderen europäischen neonazistischen und faschistischen Organisationen in Griechenland das „EuroFest 2005" als „first Paneuropean Nationalist summer Camping", ein weiteres internationales Neonazi-Festival unter dem Motto „Our Europe ... not theirs. Turkey OUT of Europe!". http://ww*.euro-fest.tk/ : „3 days of Comradeship, with Live shows, sport activities by the sea and the most important: Open Congress with speeches on defend of our European Identity."

Als Redner angekündigt sind Udo Voigt (NPD), Nikos Mihaloliakos (Chef von „Golden Dawn"), Roberto Fiore (Präsident von „Forza Nuova") und Repräsentanten von „La Fallange" and „Noua Dreapta".

Wahrscheinlich wird auch der in Mannheim lebende rumänische Neofaschist und Führungskader von „Noua Dreapta" Claudiu Mihutiu zugegen sein, der zumindest an seinem Studienort nun kein Unbekannter mehr ist.

Die dabei auftretenden Bands sind noch nicht bekannt gegeben worden. Werbung für das Festival findet sich z.B. auch auf einer ukrainischen „Blood and Honour"-website. [2]

Das „Fest der Völker" in Jena und das geplante „EuroFest 2005" in Griechenland reihen sich ein in mehrere Treffen und Festivals neofaschistischer und neonazistischer Parteien und Organisationen in Europa und sind ein wichtiger Bestandteil bei ihren Bemühungen, unter Federführung der NPD eine neofaschistische „Europäische Nationale Front" (ENF) zu errichten.

Ähnliche Treffen in kleinerem Rahmen gab es beispielsweise vom 17. bis 19. September 2004 in Bulgarien. Dabei „waren auch Gäste von Deutschland anwesend. Wir bekamen Begrüßungsbriefe von deutschen, französischen, rumänischen und spanischen Organisationen." Vertreter des 2001 gegründeten „Bulgarischen Nationalbundes" (BNS - hinter der Abkürzung steckt ohne Zweifel eine andere Bedeutung), darunter auch der Chef Bojan Bojanov Rasate (Rassate), waren im Gegenzug auch beim „Fest der Völker" in Jena anwesend.

Es gilt daher, ein stärkeres Augenmerk auf diese internationalen Verbindungen zu richten und die Bedeutung der genannten Festivals, Camps und Konzerte als „Kontakt- und Austauschbörse" für die europäische Neonazi-Szene keinesfalls zu unterschätzen.

Christian Weber,
voelker_ball@yahoo.ca ■
aus Platzgründen gekürzt

1 Siehe auch: „Fest der Völkchen". Ein breites Aufgebot an Gegendemonstranten bot in Jena den etwa 500 Neonazis Paroli (Andrea Röpke) Blick nach rechts, http://www.bnr.de/bnraktuell/brandaktuell/festdervoelkchen/

Nazirock am Baumarkt. Zum »Fest der Völker« in Jena traten Neonazis aus dem Umfeld der verbotenen Organisation Blood & Honour auf (Martina Renner) http://www.jungle-world.com/seiten/2005/24/5689.php

http://www.de.indymedia.org/2005/04/111915.shtml

http://de.indymedia.org/2005/06/119249.shtml

http://www.de.indymedia.org/2005/06/119938.shtml

http://de.indymedia.org//2005/06/120671.shtml

http://www.voelkerball.tk/

http://www.nazis-stoppen.tk/

2 Siehe auch: Ralf Streck: Nazi-Front in Spanien. Spanische Polizei warnt vor Aufbau einer neofaschistischen »Europäischen Front«. Übergriffe auf Einwanderer nehmen zu http://www.jungewelt.de/2005/05-19/005.php

Europäische Nazifront von Ralf Streck - 18.05.2005, 12:07, http://www.de.indymedia.org/2005/05/117124.shtml

Carsten Hübner: NPD will Vorreiter sein. Achse Madrid–Berlin. Deutsche und spanische Neofaschisten legen Grundstein für europäische Wahlplattform, (29.12.2004)

http://www.jungewelt.de/2004/12-29/018.php

Ralf Streck: Faschisten stricken an „Nationaler Europäischer Front" (23.12.2004) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19096/1.html

Erster Auftritt des faschistischen Bündnisses „Nationale Europäische Front" in Madrid http://de.wikinews.org/wiki/Erster_Auftritt_des_faschistischen_B%C3%BCndnisses_%22Nationale_Europ%C3%A4ische_Front%22_in_Madrid

Prominenter Nazi in MA-Gartenstadt

MANNHEIM. In Mannheim-Gartenstadt wohnt der international bekannte Neonazi Claudiu Mihutiu. Er ist der Führer der militanten Naziorganisation Noua Dreapta aus Rumänien und arbeitet mit deutschen Naziorganisationen zusammen. Die NPD Mannheim veranstaltete einen Rednerabend, auf dem Mihutiu zu rumänischem Nationalismus referierte.



Claudiu Mihutiu (ganz rechts) hier zusammen mit internationaler Naziprominenz von NPD, Front National (Frankreich) und Falange Española (Spanien)

Informationen zu Claudiu Mihutiu:

Claudiu Mihutiu ist ein rumänischer Neofaschist und Führungskader von Noua Dreapta („neue Rechte"), einer militanten Gruppe in offener Nachfolge der ultranationalistischen, antisemitischen und faschistischen Organisation Garda de Fier („Eiserne Garde"), die in den 30er Jahren mehrere politische Morde und Terroranschläge in Rumänien verübte. Er bezeichnet sich als ihr Generalsekretär in Deutschland. Seine Internetseite ist dem Gründer dieser Organisation, Corneli Zelea Codreanu, gewidmet. Diese enthält Bilder von Codreanu und dessen rassistische Texte in mehreren Sprachen. Auf der Internetseite von Noua Dreapta, die ebenfalls zum Teil in deutscher Sprache angeboten wird, werden mehrfach der Hitlergruß, das „Keltenkreuz" und andere rechtsextremistische Symbole gezeigt.

Claudiu Mihutiu hat bereits mehrfach an Veranstaltungen der NPD in Deutschland teilgenommen, so z.B. an den 1.Mai-Feierlichkeiten der NPD 2004 in Berlin und an einem Treffen im Juli 2004 in Saarbrücken mit den Neonazis Peter Marx, Horst Mahler, Udo Voigt und anderen Vertretern der NPD. Sie reisten wiederum zu dem von Claudiu Mihutiu organisierten Gedenken an Corneliu Ze-

lea Codreanu in Bukarest an, an dem auch weitere rechtsextremistische Parteien und Organisationen aus Europa wie England First (Großbritannien),Bund Freier Jugend (Österreich)und Mouvement Nation (Belgien) beteiligt waren.

Im Oktober 2004 hatte die rechtsextremistische Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) eine Veranstaltung in Österreich abgehalten, bei der neben Claudiu Mihutiu auch Gordon Reinholz, der Vorsitzende der Kameradschaft Märkischer Heimatschutz und weitere prominente Nazis, wie Günter Deckert aus Weinheim (NPD Landesvorstand) und Herbert Schweigert, die „graue Eminenz“ des österreichisch-deutschen Rechtsextremismus teilnahmen.

Mihutiu erwähnt immer wieder die guten Kontakte seiner Organisation mit Nationalisten aus Europa und der ganzen Welt. Diese Kontakte spielen auch eine Rolle beim Thema Rechtsrock. Die Rhein-Neckar Region, insbesondere Mannheim ist seit Jahren zentrales Agitationsfeld für rechtsextremistische Liedermacher, Skinheadbands und Geschäftsleute. Allein in diesem Jahr waren im Stadtteil Rheinau mehr als sechs große Nazi-Musikveranstaltungen.

Claudiu Mihutiu trägt mit einer von ihm herausgegebenen CD mit internationaler Nazi-Rockmusik seinen Teil dazu bei. Darauf findet sich neben dem antisemitischen Liedermacher Frank Rennicke auch eine russische Band mit dem Namen Kolovrat, auf deutsch „Hakenkreuz“.

Weitere Informationen im Internet zum rechtsextremistischen „Fest der Völker“: www.voelkerball.tk„. Informationsdienst gegen Rechtsextremismus: www.idgr.de

aus einem Informationsflugblatt der Antifaschistischen Aktion Gartenstadt ■

Gedenkstätten wurden geschändet

GARDELEGEN. In Gardelegen wurde am 13. Juni der Gedenkstein am Eingang des Geländes der früheren Remonteschule umgerissen und beschädigt. Der Stein wurde am 60. Jahrestag des grauenvollen Massakers an 1016 KZ-Häftlingen in der Feldscheune Isenschnibbe errichtet. Von dieser Stelle begann der Marsch der Häftlinge in den Tod.

Zur gleichen Zeit wurden 82 Blumenschalen auf dem gegenüberliegenden sowjetischen Ehrenfriedhof von den Gräbern gerissen und deren Bepflanzung zerstört.

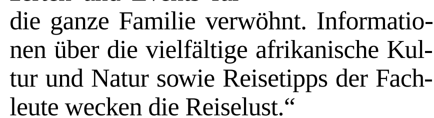
IVVdN Sachsen-Anhalt ■

African Village im Augsburger Zoo

Augsburg kommt nur selten so breit in die Schlagzeilen der inner- und außereuropäischen Medien wie jetzt anlässlich der Installation des „african village“-Spektakels. Kaum war bekannt geworden, dass unter diesem Namen im Augsburger Zoo ein „afrikanisches Festival“ durchgeführt werden soll, da gab es weltweite Proteste gegen diese Art „Völkerverständigung“. Darin wurden hauptsächlich (Neo-)Kolonialismus, Rassismus, Exotismus und deutsche Erinnerungspraktiken thematisiert.

Ein Zoobesuch mit Überraschungen

„Für vier Tage steht im Augsburger Tierpark ein afrikanisches Dorf. Um eine einmalige afrikanische Steppenlandschaft gruppieren sich Kunsthandwerker, Silberschmiede, Korbflechter, Zöpfchenflechter. Im Park duftet es nach afrikanischen Teespezialitäten und erlesenen Spezialitäten vom afrikanischen Kontinent. Die Besucher werden mit Konzerten und Events für die ganze Familie verwöhnt. Informationen über die vielfältige afrikanische Kultur und Natur sowie Reisetipps der Fachleute wecken die Reiselust.“



So stand es geschrieben in einer Werbeveröffentlichung für dieses Ereignis vom 9. bis 12. Juni im Augsburger Zoo.



Gut geschmierter Kommerz

Ein Besuch des Zoos am 9.6. brachte an den Tag: Neben vielem „afrikanischen“, womit der Augsburger Zoo schon mal von Haus aus wirbt (siehe Foto), gabs jetzt noch viel mehr, womit Geld verdient werden soll. Bunte Tücher, viele handgeschnitzte Artikel, Trommelworkshops, karibische Longdrinks, Schmuck in allen möglichen Varianten, Riegele-Biere und Augsburger Bratwürste, um nur einen kleinen Überblick über das Angebotene zu vermitteln. Über allem das akustische Ambiente: kreischende Vögel und brüllende Löwen (die sind immer da), African Popmusic aus dem Lautsprecher und Trommelsoli vom Festplatz.

Ganz offensichtlich wurde dort weniger ein Dorf in Afrika und schon gar nicht „das afrikanische Dorf“ präsentiert, sondern vielmehr eine Verkaufsmesse, die mit ein paar „afrikanischen Events“ wie Trommeln, Konzerte, Vorlesungen, Märchenerzählen mit der nötigen Schmiere für bessere Absätze versehen worden war. Das Ganze kann man sich wie eine AFA (Augsburger Frühjahrsausstellung) vorstellen, bei der ja auch in jedem Jahr neue „Events“ ausgedacht und vorgebracht werden, damit mehr Leute kommen und kaufen.

Neben den vielen Verkaufsständen war auch ein Pavillon des CWD (Christian Welfare & Development) aufgestellt worden, worin diese Münchner Organisation



dafür warb, in Afrika mit ihr gegen Not und Aids, häusliche Gewalt und Obdachlosigkeit und für Arbeitsbeschaffung und Lebensmittelversorgung zu kämpfen. Der Vertreter am Stand meinte, auf die Proteste vor den Toren des Tiergartens angesprochen: Er findet diese Veranstaltung hier im Zoo optimal, „da hat das Ganze einen Bezug“.

Proteste und offizielle Stellungnahmen

„Es tut weh, feststellen zu müssen, dass es im Jahr 2005 immer noch Tendenzen gibt, die Menschen afrikanischer Herkunft eher der „Natur“ bzw. dem „Busch“ als der „Kultur“ zuzuordnen, Tendenzen, die von „dem Afrikaner“ sprechen, ohne dabei zu berücksichtigen, dass Afrika ein Kontinent mit 52 Staaten und über 1500 Kulturen mit einer jeweils eigenen Geschichte ist.“ So formulierte die Initiative Afrika Zentrum München (IAZ), ein Zusammenschluss von 23 nationalen und regionalen afrikanischen Vereinen u.a. ihren Protest. Die Augsburger Zoo-Direktorin, Frau Jantschke, antwortete in einer Erwiderung auf Proteste u.a.: „Diese Veranstaltung

Weiter Seite 7

Verteidigt die Pressefreiheit – Solidarität mit Dr. Brauns

Dr. Nikolaus Brauns arbeitet als freiberuflicher Journalist u.a. für die Tageszeitungen „junge Welt“ und „Neues Deutschland“. Er hat in der Vergangenheit wiederholt kritisch über die Arbeit der Münchner Polizei sowie über rechtsextreme Umtriebe in Bayern berichtet.

Am 2. Juni 2005 befand sich Brauns im Auftrag der „jungen Welt“ in der Gaststätte „Waldfrieden“ in München-Laim. Dort fand zur gleichen Zeit ein Treffen der NPD zur Wahlkampfvorbereitung statt. An diesem Treffen nahmen führende bayerische NPD-Mitglieder teil, u.a. der Bezirksvorsitzende Roland Wuttke und der wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestrafte Führer der „Kameradschaft München“ Norman Bordin. Brauns beabsichtigte, über dieses Treffen zu berichten und weitere Hintergründe zu recherchieren.

Im weiteren Verlauf betrat auch eine Gruppe von Antifaschisten die Gaststätte und brachte ihren Protest gegen die Versammlung der NPD zum Ausdruck. Es kam zur Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten. Dabei gingen auch zwei Glasscheiben zu Bruch. Die Antifaschisten verließen schon nach sehr kurzer Zeit den „Waldfrieden“ wieder. Brauns blieb weiterhin dort und die eintreffende Polizeistreife nahm seine Personalien als Zeuge auf.

In derselben Nacht wurde Brauns um 3 Uhr vor seiner Wohnung von bereits seit mehreren Stunden wartenden Polizeibeamten in Zivil festgenommen. In der nachfolgenden Vernehmung durch den Staatsschutz wurde gegen Brauns der Vorwurf erhoben, der Organisator des antifaschistischen Protests in der Gaststätte Waldfrieden gewesen zu sein. Die Polizei wertet das als schweren Hausfriedensbruch und schweren Landfriedensbruch. Selbst laut eigener Pressemitteilung stützt sich der Staatsschutz dabei auf die Aussage eines stadtbekannten Rechtsextremisten.

Ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss wurde Brauns Wohnung durchsucht. Angesichts der Tatsache, dass zwischen der Auseinandersetzung im Waldfrieden und der Durchsuchung ca. acht Stunden vergangen waren und somit genug Zeit zur Einholung einer richterlichen Entscheidung bestand, widerspricht das Vorgehen von Staatsschutz und Staatsanwaltschaft einschlägigen gerichtlichen Entscheidungen.

Bei der Durchsuchung wurden nahezu sämtliche Arbeitsmittel des Journalisten Brauns beschlagnahmt: PC, Laptop, Mobiltelefon, CDs, Disketten, Terminkalender, Notizbücher und weitere schriftliche Aufzeichnungen. Diese Arbeitsmittel wurden bislang nicht zurückgegeben und die technische Abteilung der Kriminalpolizei ist anscheinend nicht in der Lage ein identisches Speicherabbild der Festplatte von Brauns zu erstellen.

Brauns Arbeit als Journalist ist damit erheblich erschwert: Faktisch handelt es sich bei dem Vorgehen des Staatsschutzes um ein halbes Berufsverbot durch die Hintertür. Es drängt sich der Eindruck auf, hier soll ein kritischer Journalist zumindest zeitweise mundtot gemacht werden. Brauns hatte sich bereits in der Vergangenheit kritisch mit dem Schutz der Polizei für Naziveranstaltungen oder dem polizeilichen Vorgehen bei Demonstrationen – z.B. aus Anlass der Sicherheitskonferenz – auseinandergesetzt. Gleichzeitig wird Brauns auch in seiner wirtschaftlichen Existenz schwer getroffen: Er hat bereits jetzt einen beträchtlichen Verdienstausfall erlitten. Als Journalist ist Brauns darauf angewiesen vertrauliche Informationen zu erhalten. Landen diese umgehend beim Staatsschutz wird er in Zukunft von solchen Informationen abgeschnitten sein. Die pauschale Beschlagnahme aller Aufzeichnungen von Brauns ist auch in diesem Sinne ein Angriff auf die Pressefreiheit.

Durch seine engagierte Arbeit ist Brauns auch in das Visier der Neonazis geraten. Schon seit längerer Zeit veröffentlicht Roland Wuttke Steckbriefe bekannter Münchner Antifaschisten auf Flugblättern und im Internet, darunter auch von Brauns. Nun übernehmen die Münchner Polizeibehörden unkritisch die Darstellung der Neonazis über den Vorfall im „Waldfrieden“. Dies hat Neonazis bundesweit zu neuen und verstärkten Drohungen gegen Brauns ermutigt: Auf Neonazi-Webseiten wird offen darüber diskutiert sich zu bewaffnen und Brauns zu überfallen. Wir fordern daher die Münchner Polizei und Staatsanwaltschaft auf:

– das Verfahren gegen Brauns sofort einzustellen, da es lediglich auf den haltlosen Anschuldigungen stadtbekannter Neonazis basiert,

– unverzüglich alle beschlagnahmten Arbeitsmittel des Journalisten Brauns zurückzugeben,

– Schadensersatz für den Verdienstausfall von Brauns zu leisten,

– Richtigstellung der offenkundig falschen Aussagen der Polizeipressestelle über Brauns gegenüber Presse und Öffentlichkeit.

– Die Sicherheitsbehörden mögen erklären, wie sie angesichts der offenen Drohungen gegen Brauns dessen Unversehrtheit von Leib und Leben zu schützen gedenken.

Dieser Aufruf wird unterstützt von: Rote Hilfe e.V., Redaktion „junge Welt“ und Verlag 8. Mai (Berlin); Pahl-Rugenstein Verlag (Bonn); Deutscher Freidenker Verband e.V. München; Redaktion Kurdistaninfo.com; Deutsch-Kurdische Gesellschaft e.V.

V.i.S.d.P. M.Krause, über Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. Postfach 3255 37022 Göttingen

Bitte richten Sie Ihre Proteste an:

Staatsanwaltschaft München I. PF 80997 München
Telefon: 089/5597-4828, Telefax: 089/55974131

Polizeipräsident Dr. Wilhelm Schmidbauer
Polizeipräsidium München
Ettstraße 2 80063 München
Tel.: 089/2910-0 Fax: 089/2910-4528
E-Mail: ppmuc@polizei.bayern.de

Im Netz gegen Rechts – Arbeitswelt Aktiv!

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ schreibt einen Wettbewerb für Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe in NRW aus – prämiert werden Online-Materialien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt – es winken Geld- und Sachpreise bis zu 1000 Euro.

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“, der 1986 von der Redaktion der Zeitschrift „ran“ und der Gewerkschaftsjugend gegründet wurde, engagiert sich schon seit zwanzig Jahren für die Gleichberechtigung von Minderheiten. Mit dem weithin bekannten Logo der Gelben Hand wird gezeigt: „Wir sind gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit!“

Der Wettbewerb richtet sich an BerufsschülerInnen und Auszubildende in NRW. Zusammen mit ihren LehrerInnen und AusbilderInnen sind sie dazu aufgerufen, Online-Arbeitsmaterialien zu entwickeln, die dazu ermuntern, sich gegen Rechts und für Gleichberechtigung einzusetzen. Dazu ist weder viel Zeit noch technisches Know-how erforderlich. Wichtig ist der kreative Zugang zum Thema. Die Beiträge werden im Internet zur Verfügung gestellt und dienen als Anregung für weitere Projekte.

Kontakt :

Hans-Peter Killguss, Mach meinen Kumpel nicht an! DGB Bildungswerk, Migration & Qualifizierung,Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, killguss@gelbehand.de, www.gelbehand.de



Fortsetzung von Seite 5

soll im Gegenteil die Toleranz und Völkerverständigung fördern und den Augsburgern die afrikanische Kultur näher bringen“. Und weiter: „Denn ich denke, dass der Augsburger Zoo genau der richtige Ort ist, um auch die Atmosphäre von Exotik zu vermitteln“. Der Augsburger OB Dr. Paul Wengert erwiderte außerdem noch in einer Presseerklärung am 1.6.05 den Protestierern: „Ich halte deshalb Veranstaltungen dieser Art – wie bislang in vielen Städten auch so realisiert – für ein Stück solidarische Hilfe für einen Erdteil, dem viel zu wenig humanitäre Aufmerksamkeit geschenkt wird.“

In vielen Erklärungen wurde auf den Charakter der Veranstaltung im Augsburger Tiergarten verwiesen, dass man „die Wiederkehr unserer deutschen Kolonialgeschichte, als man Menschen im Zoo als Exoten und Sensation ausstellte“, vermuten könne (Karawane für die Rechte der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten).

Kulturwissenschaftler gegen Augsburger Show

In einem Presseinfo befasste sich die Kulturwissenschaftlerin Antje Schuhmann (Institut für American Cultural History und Postcolonial Studies bei der Ludwig-Maximilians Universiät München) mit Unterstützung von Historikern und Literatur- und Kulturwissenschaftlern anderer Universitäten und Fakultäten (New York, Köln, München, Mainz) analytisch mit der Thematik: „Die historischen Parallelen des Augsburger Zoos mit den propagandistisch-kolonialen Völkerschauen der Jahrhundertwende sind – gewollt oder ungewollt – unleugbar.“ Und: „Die Darstellung von Menschen, die nicht der weißen Norm entsprachen, war im Europa der letzten Jahrhunderte weit verbreitet ... Die Zurschaustellung der sogenannten Anderen verlief auf verschiedene Art und Weise und vereinte schon damals multidimensionale Aspekte (Exotik, Kommerz, Kulturvermittlung, Repräsentation des deutschen Herrschaftsanspruchs, Visualisierung einer darwinistischen Entwicklungslogik: „Naturvölker“ versus europäischer Zivilisation, pseudo-wissenschaftliche Untersuchungen, Propaganda für die kolonial-imperiale Politik Deutschlands). Die Einschreibung dieser Überlegenheitsansprüche in die damals entstehende Massenkultur ist vielfältig und wird bis heute weiter tradiert ohne dass dies einer eins-zu-eins-Kopie damaliger Inszenierungsformen bedarf.“ Es folgt in dieser Darstellung eine Schilderung der damals üblichen Formen der Völkerschauen und – unter der Überschrift „Augsburger Spezialitäten“ – eine Beschreibung ähnlicher Shows in der Augsburger Vergangenheit („Neger Karawane“ 1888; „Togo Schau“ 1898; „Marine- und Kolonialausstellung“ 1911). Die Wissenschaftlerin weist auf drei historische Kontinuitäten von den alten Schauveranstaltungen bis zum neuen „African Village“-Event hin: Die Arbeitsteilung zwischen Kommerz und Zooleitung, die sprachliche und die visuelle Darstellung der Veranstaltungen.

Früher hieß es „Hilfe für die Mission“

Als Drittes benennt Frau Schuhmann „Diskursive Kontinuitäten.“ Sie führt dazu aus: „Damals wie heute wurden Völkerschauen auf sehr unterschiedliche Weise inszeniert, sie bedienten verschiedene Interessen und bewegten sich schon immer – zumindest rhetorisch – zwischen Kommerz und Bildungsanspruch. Die Professionalität der AusstellerInnen und VeranstalterInnen lag auch damals in erster Linie im geschäftlichen Bereich und nicht in der Vermittlung angeblich authentischer afrikanischer, indianischer, asiatischer ... Kultur die sie feil boten. Auch die Wohltätigkeits-Argumente die solchen Veranstaltungen einen humanen und zivilisierten Anstrich geben sollen, sind nicht neu – damals hieß es Hilfe für die Mission.“



Das Max-Planck Institut für ethnologische Forschung in Halle hat die Augsburger Veranstaltung mit großem Interesse verfolgt. Für eine „Feld-Studie African village“ wurden unter anderem ausführliche Interviews mit Besuchern und Protestierern durchgeführt. Ein Ergebnis der Untersuchungen liegt jedoch noch nicht vor. *jol* ■

PS. Die oben benannten sehr umfangreichen Presseerklärungen, Proteste und die Untersuchung der Münchner Kulturwissenschaftlerin sind über die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.(ISD Bund e.V.) Postfach 900 355 in 60443 Frankfurt – isdbund@isdonline.de / www.isdonline.de zu beziehen.

Lebenslange Haft für SS-Soldaten in Italien

La Spezia. Ein italienisches Militärgericht hat zehn deutsche Teilnehmer des Massakers von Sant' Anna di Stazzema zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Täter sind frühere Angehörige der Panzergrenadierdivision „Reichsführer SS“ und wurden des Totschlags und Mordes überführt. Sie leben ungehindert in der BRD. german-foreign-policy.com sprach nach der Urteilsverkündung mit Frau Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, die den Präsidenten des Opfervereins von Sant' Anna vertritt. Wir dokumentieren dieses Interview:

gfp: Hat Sie das Urteil überrascht?

G. Heinecke: Soweit ich die Vorermittlungen verfolgen konnte, musste man dieses Urteil erwarten. Im Plädoyer der italienischen Ankläger war ja von unbeschreiblichen Brutalitäten die Rede, mit denen die NS-Täter das Bergdorf überzogen, Kinder, Frauen und Greise erschlugen und in ihren Häusern verbrannten. Die Aktion – und es war nicht die einzige während der deutschen Okkupation in Italien – gehört in die Kategorie der sog. Repressalien-Einsätze. Dabei entluden sich ungeheure Grausamkeiten.

gfp: Kann die italienische Justiz die noch lebenden NS-Täter physisch belangen und die lebenslängliche Haftstrafe tatsächlich vollstrecken?

G. Heinecke: Sie kann einen Auslieferungsantrag stellen. Solche Anträge sind von der BRD in der Vergangenheit stets zurückgewiesen worden. In Deutschland verbrachten und verbringen zahlreiche NS-Verbrecher ein geruhsames Leben, teilweise in hohen gesellschaftlichen Positionen.

gfp: Wird der Verein der italienischen Opfer, den Sie vertreten, trotzdem eine Strafverfolgung in der Bundesrepublik verlangen?

G. Heinecke: Auf jeden Fall. Zwei der Täter leben in Baden-Württemberg. Soviel ich höre, ist mit ihnen die Stuttgarter Justiz befasst. Für die Wohnorte und die Lebenswege der übrigen Verurteilten wird sich in den nächsten Tagen sicherlich die italienische Presse interessieren. Es besteht das große Bedürfnis zu erfahren, wie es möglich war, dass die Täter 60 Jahre lang in Deutschland leben konnten, ohne im geringsten belangt zu werden. Sie haben sich nicht einmal versteckt. Ihre Namen, davon muss ich ausgehen, sind in jedem Telefonbuch zu finden.

gfp: Welches Strafmaß werden Sie fordern, sollte es in der Bundesrepublik doch noch zu Prozessen kommen?

G. Heinecke: Unter dem Vorbehalt der weiteren Akteneinsicht und eventuell neuer Erkenntnisse habe ich keinen Grund, an den italienischen Ermittlungsergebnissen zu zweifeln. So wie sich die Dinge heute darstellen, erfüllen die Tatmerkmale sämtliche Voraussetzungen, um für lebenslänglich zu plädieren.

http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/54164.php ■

„50 Jahre entschieden für den Frieden“ sollen ganz „bürgernah“ mit Symposien, Kommandeurstagungen, informellen Treffen der NATO-Verteidigungsminister, Festakten inklusive Großem Zapfenstreich vor handverlesenem Publikum und Tagen der Offenen Tür begangen werden. Eine Jubiläumswanderausstellung erinnert an die 50jährige „Erfolgsgeschichte“. Die Post AG stiftet eine Sonderbriefmarke zum Jubelfest. Mit einer Extra-Veranstaltung am 4. Oktober in Erfurt will die Bundeswehr „ihren Beitrag zur Wiedervereinigung“ feiern.

Nicht zu Unrecht: Die Bundeswehr, fest eingebunden in das gewaltige Drohpotential der US-geführten NATO-Militärmaschinerie hat durchaus ihren Anteil am vorläufigen Endsieg im kalten Krieg gegen die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Vertrages, die buchstäblich zu Tode gerüstet wurden. (Dass sich die Sowjetunion auf diesen selbstzerstörerischen Rüstungswettlauf eingelassen hat, ist ein anderes Thema.) Die bundeswehroffizielle Legende geht freilich anders und kann in den kommenden Wochen in sämtlichen unabhängigen Medien nachgelesen werden.

„Der Überfall des kommunistischen Nordens im Juni 1950 auf Südkorea wurde nicht nur in den USA als Ausdruck aggressiven sowjetischen Expansionsdranges bewertet. ... Angst machte sich breit ... Die Erkenntnis setzte sich durch, dass Mitteleuropa nicht ohne einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu schützen sein würde ...“ teilt die „Stuttgarter Zeitung“ am 28.5.2005 ihre LeserInnen mit. Die Wahrheit sieht anders aus.

Als offizielles Gründungsdatum der Bundeswehr gilt der 12. November 1955. Damals erhielten die ersten 101 freiwilligen Bundeswehrsoldaten ihre Ernennungsurkunden. Die Vorbereitungen zur Aufstellung einer deutschen Armee nach der Niederringung des Faschismus reichen freilich sehr viel weiter zurück.

Als der aufstrebende Jungpolitiker Franz-Josef Strauß 1946 tönte: „Wer noch einmal ein Gewehr anfasst, dem soll die Hand abfallen“ durfte er sich der überwältigenden Zustimmung seiner inmitten von Trümmerhaufen lebenden Landsleute sicher sein. Niemand konnte sich damals vorstellen, dass nur neun Jahre später die ersten deutschen Soldaten in die Kasernen einrücken würden. Doch jenseits des Atlantik wurde das Unvorstellbare längst konkret zu Ende gedacht.

50 Jahre Bundeswehr:

Die Erfolgsgeschichte der Remilitarisierung

von Elke Günther

Der Kalte Krieg: Geburtshelfer der Bundeswehr

Nach dem Tod von Theodor Roosevelt war mit Harry S. Truman ein Repräsentant jener Kräfte ins Weiße Haus eingezogen, die in der Sowjetunion den eigentlichen Gegner sahen, den es mit allen Mitteln zurückzudrängen galt. In einem Dokument vom 15. April 1945 heißt es: „Die Gruppe (der Besprechungsteilnehmer) beschloss ... Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem Bollwerk gegen Rußland gemacht werden...“ Zu den Besprechungsteilnehmern gehört auch der spätere US-amerikanische Außenminister Dulles. Im Oktober 1948 berichtete die US-Zeitschrift „US News and World Report: „Militärische Führer der Vereinigten Staaten befürworten ein starkes Deutschland. Sie würden die Deutschen, wenn das ohne Verschärfung der Gefahr eines plötzlichen Kriegsausbruchs möglich sein sollte, gern wieder bewaffnen. Sie sehen in Deutschland ein militärisches Potential, das viel größer ist als im übrigen Europa.“ Die USA fanden in dem entschiedenen Antikommunisten Konrad Adenauer, einen Helfer, der ihre Interessen teilte und mit äußerster Konsequenz vorantrieb. Während Adenauer in klarer Einschätzung der Stimmungslage der Bevölkerung am 22.11.1949 betonte, „mit allen Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern“ beauftragte er ebenfalls im November 1949 General Manteuffel mit der Erstellung eines Gutachtens über die technische Seite eines deutschen Wehrbeitrags. Bereits im Dezember 1948 war General Speidel von Adenauer beauftragt worden, eine Aufstellung über den „ungefähren Umfang und Charakter“ einer deutschen Wiederaufrüstung zu erarbeiten.

Am 3. Dezember 1949 kündigte Bundeskanzler Adenauer in autokratischer Manier ohne vorherige Beratung in Parlament und Regierung „die Aufstellung westdeutscher Truppen an“. Um die deutsche Bevölkerung, die eine Remilitarisierung Umfragen zufolge zu mehr als 70 Prozent ablehnte, zur Zustimmung oder zum stillschweigenden Hinnehmen zu bewegen schreckte die Adenauer-Regierung vor keiner dicken Lüge und keiner noch so maßlosen Übertreibung der militärischen Stärke und Aggressionsbereitschaft der Sowjetunion zurück. „Rote Fluten aus dem Osten“, zu denen Adenauer auch die kasernierte Volkspolizei der DDR zählte, stünden bereit und drohten Westdeutschland zu überrollen. Bundespräsident Theodor Heuss bewährte sich dagegen als Stimme der Vernunft, als er am 9.12.1949 erklärte, er sei „absolut gegen eine deutsche Wehrmacht, auch wenn die Alliierten sie vorschlagen sollten... Offen gesagt, ich kann nicht sehen, wie die Volkspolizei einen SED-Kreuzzug gegen Westdeutschland führen wollte.“ Bundesinnenminister Gustav Heinemann, der die Wiederaufrüstung entschieden ablehnte, trat schließlich zurück.

„Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung“



Proteste gegen die Remilitarisierung

Gegen die mit hysterischem Antikommunismus vorangetriebene Remilitarisierung bildete sich spontan die „Ohne-Uns“-Bewegung heraus. Demokratische Persönlichkeiten wie Gustav Heinemann und der hessische Kirchenpräsident Pastor Niemöller forderten die Durchführung einer Volksabstimmung über die Remilitarisierung. Ein am 28.1.1950 in Essen tagender westdeutscher Friedenskongress forderte Bundesregierung und Bundestag auf, eine Volksbefragung zur Remilitarisierung durchzuführen. Als weder Regierung noch Parlament auf diese Forderung reagierten, beschlossen die Initiatoren die Volksbefragung selbst durchzuführen. Am 14.4.1950 erließ Innenminister Lehr ein Verbot der Volksbefragung, da diese angeblich einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik darstelle und deren Beseitigung zum Ziel habe. Die Volksbefragung fand illegal statt. 9 119 667 Bürger sprachen sich gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages aus.

Ehrenerklärung für Kriegsverbrecher

Doch Adenauer hielt unbeirrt an seinen Plänen fest. Zwischen dem 4. bis 9. Oktober erarbeiteten in einem abgelegenen Eifelkloster unter strenger Klausur deutsche Wehrmachtsoffiziere eine Denkschrift über die künftige Wehrpolitik. An der Denkschrift hatten mit Ausnahme von Oberst Graf von Baudissin und Graf von Schwerin ausschließlich hochbelastete



Wehrmachtsoffiziere mitgewirkt. Der spätere Heeresreformer von Baudissin trug seine Vorstellungen vom in der Demokratie verankerten „Staatsbürger in Uniform" vor, der mit den alten Wehrmachtstraditionen nichts mehr gemeinsam haben sollte. „Baudissin? Den haben wir sowieso nicht ernst genommen" erklärten die Generalstabsoffiziere später. Von Schwerin, dem offenbar eine Feigenblattfunktion zugedacht war, wurde von Adenauer rasch gegen den ihm treu ergebenen CDU-Abgeordneten Theodor Blank ausgewechselt. Gleichzeitig kamen im Dezember 1950 die Nazigenerale Dr. Hans Speidel (Stabschef von Generalfeldmarschall Rommel) und Adolf Heusinger (ehemals Chef der Operationsabteilung im Oberkommando des Heeres) in das neu geschaffene sogenannte Amt Blank, dem späteren Verteidigungsministerium. Die hochbelasteten Offiziere forderten eine „Ehrenerklärung" für ihren Berufsstand. General Eisenhower beeilte sich Adenauer zu versichern, er sei inzwischen zu der Überzeugung bekommen, dass ein wirklicher Unterschied zwischen den deutschen Soldaten und Offizieren einerseits und Hitler mit seinen verbrecherischen Helfern andererseits bestehe. „Ich bin nicht der Ansicht, dass der deutsche Soldat als solcher seine Ehre verloren hätte." Als Eisenhower diese „Ehrenerklärung" aussprach, saßen noch zahlreiche Wehrmachtsoffizier wegen ihrer Kriegsverbrechen in Haft. Bald darauf begannen sich die Gefängnistore auch für zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilte Kriegsverbrecher, Förderer und Profiteure der Naziverbrechen zu öffnen. Sie haben das politische Klima der Bundesrepublik nachhaltig geprägt.

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sah keinen „Verteidigungsbeitrag" vor. Erst 1956 wurde mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten eine „Wehrergänzung" ins Grundgesetz aufgenommen: Artikel 87 a: „Der Bund stellt Streitkräfte zu seiner Verteidigung auf ...". Die Bundesregierung handelte also mit der Zusage, eine Armee aufzustellen, verfassungswidrig. (...)

Der Griff zur Bombe

Der Aufbau der Bundeswehr wurde, kaum hatten die ersten Freiwilligen die Kaserne bezogen, mit rasantem Tempo vorangetrieben. Am 8. Mai 1955, 10 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg wurde die Bundesrepublik Mitglied der NATO. Als Reaktion darauf entstand der Warschauer Pakt. 1956 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz über eine allgemeine zwölfmonatige Wehrpflicht. Am 16.10.1956 wurde mit Franz-Josef Strauß ein buchstäblich zu allem entschlossener kalter Krieger zum Verteidigungsminister ernannt. Kaum vier Wochen im Amt, brachte er sich mit der folgenden Aussage ins Gespräch: „Die vereinigte Stärke unserer Verbündeten reicht aus, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen." Strauß kämpfte mit einer an Besessenheit grenzenden Entschlossenheit um den deutschen Zugriff auf die Atombombe." Die FAZ vom 13.2.1957 berichtete: „Bundesverteidigungsminister Strauß hat erklärt, er sei der festen Auffassung, daß die atomare Bewaffnung in allen europäischen Heeren kommen werde, gleichgültig, ob die Amerikaner dafür oder dagegen seien. ‚Ein Krieg wird in Europa ein Atomkrieg sein.'" Auch in den USA wurden Stimmen laut, die die deutschen atomaren Ambitionen zunehmend kritisch betrachteten. Das US-amerikanische Nachrichtenmagazin Newsweek vom Februar 1958 schrieb: „Strauß symbolisiert den neuen Geist des Nationalismus, der sich jetzt in Westdeutschland regt. Bei den Verbündeten der Bundesrepublik sind ernste Zweifel über den ehrgeizigen Bundesminister wach geworden ...".

1957 testete die Sowjetunion erfolgreich eine Interkontinentalrakete. 1949 hatte sie bereits erste Atombombentests durchgeführt. Damit war klar, dass das US-Territorium zukünftig auch in Reichweite sowjetischer Atomraketen lag. Das US-amerikanische Atomwaffenmonopol war durchbrochen. Die USA reagierten mit der Stationierung von Atomwaffen in Europa, um die UdSSR in kürzeren Flugzeiten erreichen zu können. Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, US-General Norstad forderte die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Der Bundestag stimmte dem zu. Doch an den „Roten Knopf" sollten die Bonner Atomkriegsstrategen nicht mehr kommen. Die Bundeswehr blieb eine konventionelle Armee, die zwar über die atomaren Waffensysteme verfügt, nicht aber über die dazugehörigen Atomsprengköpfe. Das atomare Patt, das Gleichgewicht des Schreckens, erzwang eine realistischere Politik. USA und Sowjetunion einigten sich auf gemeinsame Obergrenzen ihrer atomaren Rüstungen. Die erste Hochphase des kalten Krieges ging zu Ende.

Gegen „Innere Feinde"

Die Bundeswehr wurde mit einer Mannschaftsstärke von 495 000 Mann, im Krisenfall konnte sie auf 1,2 Mio. Mann aufgestockt werden, zur stärksten Armee Westeuropas ausgebaut. Dem in der Bevölkerung nach wie vor vorhandenen tiefen Misstrauen gegen die deutsche Armee versuchten Militärreformer, wie Graf von Baudissin mit der Vorstellung eines anderen Soldatentyps, des Soldaten in der demokratischen Gesellschaft, einer zeitgemäßen „Inneren Führung" des „Staatsbürgers in Uniform" entgegenzuwirken. Den Geist der Bundeswehr dominierten die Reformer ganz sicher nicht. Im Gegenteil: tonangebend waren die alten Wehrmachtsoffiziere. Ende der 60er Jahre beschäftigte sich die Bundeswehrführung verstärkt mit dem „Inneren Feind". Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze wurde die Bundeswehr zur potentiellen Bürgerkriegsarmee, die auch im Inneren eingesetzt werden kann. Im Fallex 66 genannten Bundeswehrmanöver vom Oktober 1966 übten Staatsgewalt, Bundeswehr und paramilitärische Organisationen gemeinsam den „Notstand", den Einsatz im Inneren. Gleichzeitig fand ein breit angelegtes Bundeswehrmanöver unter Anleitung des NATO-Oberbefehlshabers Europa-Mitte statt. Das angenommene Eingreifszenario sah so aus: Streiks, Aufstände, Sabotageakte, aufsässige Gastarbeiter legen die Wirtschaft der Bundesrepublik lahm, während über den Balkan starke Ostblockarmeen die BRD angreifen....

So ganz machte die Reformphase Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre aber auch vor den Kasernentoren nicht halt. Der eine oder andere Traditionsraum wurde von Nazihelden gesäubert. Die Gruppe „Leutnante 70" formulierten demokratische Thesen zum Berufsverständnis. Da die von den alten Wehrmachtsoffizieren geprägten „Traditionalisten" jedoch nach wie vor eine klare Mehrheit stellten, mussten solche Bemühungen halbherzig bleiben.

Der „führbare" Atomkrieg

Mit der Stationierung der US-Erstschlagsraketen Pershing II und Cruise Missiles unternahm die US-Regierung 1983 einen erneuten Versuch, das atomare Patt zu durchbrechen und eigene Überlegenheit herzustellen. Mittels der superschnellen und zielgenauen Erstschlagsraketen sollte der Atomkrieg führbar und für die US gewinnbar gemacht werden.

US-Präsident Reagan kündigte einen „Kreuzzug gegen das „Reich des Bösen" an. Die Sowjetunion habe nur die Wahl mit einem Wimmern oder einem Knall unterzugehen. Reagan drohte ganz offen mit dem atomaren Erstschlag gegen die Sowjetunion: Es gelte, „dem sowjetischen Huhn den Kopf abzuschlagen" erklärte der Präsident der USA. „Ich biete dem langjährigen sowjetischen Botschafter der DDR hiermit eine Wette an, daß der Kreml innerhalb der nächsten fünf Jahren die deutsche Karte spielen wird" erklärte der Vertriebenenfunktionär und Staatsekretär Otfried Henning im Interview mit dem

Spiegel am 22..11.1984. Er sollte Recht behalten.

Mit der Wende von 1989/90, der Einverleibung der DDR, wurde nicht etwa die von vielen erhoffte Friedensdividende fällig, sondern folgte neue Aufrüstung und eine neue aggressive Ausrichtung der Bundeswehr. Generalinspekteur Naumann forderte in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992: Die deutschen Militäreinsätze der Zukunft sind auf die Sicherung der Handelswege und die Erlangung von Rohstoffen gerichtet und die Einsätze finden in der Regel fernab von Deutschland statt, verlangen aber Rückendeckung einer Bevölkerung, die in Frieden lebt.

Jederzeit einsatzbereit

Das Bundesverfassungsgericht passte mit seinem Urteil vom 12.7.1994 die Rechtslage an die Bedürfnisse der neuen Großmachtpolitik an. Deutschland wird am Hindukusch verteidigt. Die Bundeswehr ist „eine Armee im Einsatz". Mit dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee tritt der „Kämpferkult" und mit ihm die reaktionärsten militaristischsten Positionen seiner traditionalistischen Gruppen in der Führung der Bundeswehr wieder offen hervor. Heeresinspekteur Gerd Gudera, den Struck dafür lobte, dass die Bundeswehr in Afghanistan so erfolgreich sei, empörte sich anlässlich seiner Verabschiedung darüber, dass nirgendwo außer in Deutschland Soldaten in ähnlicher Weise verunglimpft und in ihrer Ehre beschnitten werden.

Gudera bezog sich dabei auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994, in dem das höchste Gericht entschieden hatte, dass die von Tucholsky stammende Äußerung: „Soldaten sind Mörder" nicht in jedem Fall beleidigend sei.

Sein Nachfolger im Amt, Heeresinspekteur Generalmajor Budde erklärt: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann. Den deutschen Soldaten der Zukunft müsse man sich vorstellen, als einen Kolonialkrieger, der „fern der Heimat bei dieser Art Existenz in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln." (Welt am Sonntag 2.2.04). In einer Studie des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik von 2004 heißt es: „Der Soldat als kriegsnah ausgebildeter, allzeit bereit, selbstlos dienender und unbedingt gehorchender Kämpfertyp wird zur fraglos zu akzeptierenden Norm." Solches Helden-Credo impliziert ein „unverkrampftes" Verhältnis zur deutschen Geschichte. Womit wir wieder am Anfang sind.

aus: Antifa Nachrichten - Zeitung der VVN-BdA Baden Württemberg 3 / 5 Juli 2005, aus Platzgründen leicht gekürzt Weitere Infos zu „Ohne-Uns"-Bewegung und Remilitarisierung: www.friedensbewegung.org/ ■

Innenministerkonferenz in Stuttgart

Protestkundgebung gegen Abschiebungen, für Bleiberecht

Am 23./24. Juni fand in Stuttgart die Innenministerkonferenz statt. Auf der Tagesordnung stand u.a. die Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan, dem Irak und dem Kosovo sowie auf Initiative von Berlin eine Bleiberechtsregelung für Asylbewerber mit langjährigem Aufenthalt. Zusammen mit anderen Unterstützergruppen und PRO ASYL rief der Hamburger Flüchtlingsrat (www.fluechtlingsrat-Hamburg .de) zur Teilnahme an der Protestkundgebung in Stuttgart auf.

Im Folgenden eine Zusammenfassung der derzeitigen Lage von Flüchtlingen in Hamburg aufgrund von Informationen des Hamburger Flüchtlingsrats, Café Exil und PRO ASYL.

Afghanistan

Nach PRO ASYL hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan und auch in Kabul in den letzten Wochen noch weiter verschlechtert. Sie sei nach Einschätzung des afghanischen Ministers für Repatriierung und Flüchtlinge, Dadfar, „hochexplosiv". Zur instabilen Gesamtsituation, so PRO ASYL, „kommt die zunehmende Kriminalität, gegen die Polizei und Justiz keinen Schutz bieten... Eine handlungsfähige Justiz gibt es nach wie vor nicht, was ein Grund dafür ist, dass die gerade im Zusammenhang mit Rückkehrern wichtigen Eigentumsansprüche entweder nicht realisiert werden können oder zum Teil zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen. Bereits jetzt sind viele Menschen, darunter gerade auch Binnenvertriebene und Rückkehrer, obdachlos oder leben in illegal errichteten, gegen das Wetter nicht Schutz bietenden Behelfsbehausungen – ohne Zugang zu sauberem Wasser, der lebensnotwendigen Grundversorgung mit Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung." Inzwischen droht in Kabul eine Cholera-Epidemie. Über 2.000 Erkrankungen wurden in den vergangenen Wochen registriert, mindestens acht Menschen sind lt. „Süddeutsche Zeitung" daran gestorben.

In Hamburg, berichtet Café Exil, „herrscht eine Massenpanik unter den Betroffenen. Schon mindestens fünf Personen mussten seit Aufkündigung des Abschiebestopps aufgrund psychischer Zusammenbrüche im Krankenhaus behandelt werden. Betroffene drohen immer wieder mit Selbstmord". Bisher konnten der Hamburger Flüchtlingsrat und Café Exil „durch Beratung und Begleitung die meisten der vorgeladenen afghanischen Flüchtlinge so unterstützen, dass sie zumindest jetzt noch nicht abgeschoben werden können – sei es, weil sie einen Asylantrag stellen, eine Petition einreichen, ein ärztliches Attest oder eine Ausbildungsbescheinigung vorlegen." Da inzwischen jeden Tag afghanische Flüchtlinge zu Abschiebungsanhörungen vorgeladen sind, hat der Flüchtlingsrat für jeden Tag Mahnwachen vor der Ausländerbehörde angemeldet und ruft zur Teilnahme auf. Darüber



hinaus wird für Beratung und Begleitung der Flüchtlinge dringend Unterstützung benötigt!

Togo

In den letzten Wochen haben in Togo Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung der Zivilbevölkerung extrem zugenommen. Oppositionelle werden verhaftet und gefoltert. Es gibt inzwischen mehrere hundert Tote und Tausende Verletzte. Vergewaltigungen sind an der Tagesordnung. Mindestens 20.000 Menschen sind nach Angaben von PRO ASYL vor den staatlich organisierten Menschenjagden und Todesschwadronen in die Nachbarstaaten Togos geflohen. Das Auswärtige Amt warnt vor Reisen nach Togo und fordert alle deutschen Staatsbürger in Togo zur vorübergehenden Ausreise auf. Trotz dieser Lage haben die Innenminister nach Konsultation den Abschiebestopp für Togoer aufgehoben. Dazu PRO ASYL: „Damit werden Togoer, viele von ihnen exilpolitisch aktiv, bei fortdauernden Abschiebungen in die aufgeheizte Situation in Togo hinein großen Risiken ausgesetzt".

Am 1. und 2. Juni fanden in der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZASt) in Horst/Mecklenburg-Vorpommern zwecks Abschiebung nach Togo Zwangsvorführungen von mehreren hundert Togoern aus dem gesamten Bundesgebiet statt. Sie wurden von zwei togoischen Botschaftsvertretern und Vertretern deutscher Behörden verhört. Ver-

mutlich wird auch die Hamburger Ausländerbehörde solche oder ähnliche Zwangsanhörungen künftig im ZASt Mecklenburg-Vorpommern durchführen. Hamburg will spätestens ab Ende 2006 seine Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung von der „Bibby Altona" nach Horst verlegen. Nach Angaben der Antirassistischen Initiative Rostock (A.I.R.) protestierten in Horst an beiden Tagen „ca. 50 togoische Regimegegner und einige UnterstützerInnen gegen die Kollaboration der deutschen Behörden mit dem RPT-Regime" in Togo.

Guinea

Über den aktuellen Stand informiert der Hamburger Flüchtlingsrat wie folgt: „Wie von uns befürchtet, wird die Hamburger Ausländerbehörde im Windschatten der Afghanistan-Abschiebungen demnächst mit ganz ähnlichen Methoden mit Abschiebungen guineischer Flüchtlinge beginnen. Westafrikanische Flüchtlinge, die im März zu den Anhörungen der Guinea-Delegation vorgeladen waren, erhielten in den letzten Tagen (von der Innenbehörde, d. Red.) eine ‚Einladung zu einer Guinea Rückkehrförderung-Informationsveranstaltung für Nichtstraftäter'... Die Teilnahme sei „freiwillig', aber der Text ist eindeutig: ‚Im Rahmen dieser Informationsveranstaltung wollen Sie Mitarbeiter der Flüchtlingshilfe, des Amtes für Soziales und Reintegration sowie der Ausländerbehörde Hamburg über Reintegrationsangebote informieren und Ihnen gleichzeitig letztmalig die Möglichkeit zur freiwilligen Ausreise anbieten.' Das bedeutet: Wer nicht ‚freiwillig' ausreist, wird demnächst abgeschoben – genau so wie es bei den afghanischen Flüchtlingen versucht wird!..."

Die Veranstaltung fand am 8. Juni in den Räumen der ‚Flüchtlingshilfe', einem Zusammenschluss von AWO und Caritas, statt. Zur Teilnahme an der Veranstaltung hatte die Ausländerbehörde lt. Flüchtlingsrat etwa 16 „ausreisepflichtige" Flüchtlinge aufgefordert. Sieben Flüchtlinge erschienen zur Veranstaltung. Sie wurden von mehreren FlüchtlingsunterstützerInnen und einer Rechtsanwältin begleitet. Außerdem waren anwesend Vertreter von der „Flüchtlingshilfe" und ein togoischer Dolmetscher, der auch in der Ausländerbehörde bei Verhören afrikanischer Flüchtlinge dabei ist. Von der Ausländer- oder Innenbehörde nahm niemand teil. Offensichtlich sollten die Vertreter der „Flüchtlingshilfe" mit Zuckerbrot (angeboten wurde ähnlich wie bei den afghanischen Flüchtligen neben der Bezahlung eines Flugtickets ein Reisegeld von 1.300 Euro) und Peitsche („die Ausländerbehörde hat gesagt, dass Sie alle im Zweifel auch abgeschoben werden können") die „freiwillige" Rückkehr vorbereiten. *bab* ■

Online-Prozess – weiter am 1. Juli

FRANKFURT. In einer gemeinsamen Erklärung kritisieren sieben Landes-Flüchtlingsräte den Prozess gegen den Inhaber der libertad.de-Domain. Wenn man im Internet Verträge abschließen kann, muss man dort auch demonstrieren können, erklären die Flüchtlingsräte aus Saarland, Hessen, Hamburg, Brandenburg, Niedersachsen, Bayern und Berlin. Außerden bekennen sie, dass auch sie mitdemonstriert haben. „Da wir aus unserer Alltagsarbeit wissen, dass kein Mensch freiwillig flieht, ist es notwendig, gegen diese Abschiebungen zu protestieren: Selbstverständlich auch im Internet"

Auch der us-amerikanische Künstler und Aktivist Ricardo Dominguez, der Online-Demonstrationen Ende der 90er Jahre in den USA populär machte, kritisiert die Anklage. Mit dem Angeklagten Andreas-Thomas Vogel erklärt er sich solidarisch. In einem Interview forderte Dominguez das Frankfurter Amtsgericht auf, die Aktion gegen die Lufthansa als einen legitimen Akt zivilen Ungehorsams anzusehen. Weiter wies er darauf hin, dass elektronischer ziviler Ungehorsam eine legitime digitale Form ist, „die tief verwurzelt in der langen Tradition des Zivilen Ungehorsams ist – nicht mehr, nicht weniger".

Auch der Gründer der Stiftung „Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft – bridge" wies ausdrücklich auf die grundsätzliche Bedeutung dieses Prozesses hin. „Im Gerichtsverfahren wird es nun darum gehen, ob diese Art der Demonstration eine Form der Nötigung darstellt" und fragt: „Muss man also online sein Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aufgeben, nur weil dies im Internet-Protokoll nicht vorgesehen ist und sich die Behörden nicht zuständig fühlen, wenn man eine Online-Demonstration anmelden möchte?"

Der Prozess, der am 14. Juni mit einer Kundgebung begann, wird am Freitag, den 1. Juli 2005, um 11 Uhr fortgeführt. Die Einstellungsforderung der Verteidigung und die Rede des Angeklagten sowie ein ausführlicher Prozessbericht können im Internet unter www.libertad.de nachgelesen werden.

PMs der Kampagne Libertad! ■

Weniger Ausländer, mehr Migranten

BERLIN. Anlässlich der Vorstellung des 6. Berichts über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland erklärte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Marieluise Beck:

„Weniger Ausländer, mehr Migranten – so lässt sich die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland zusammenfassen. Aufgrund von Einbürgerungen und geringerer Einwanderung ist die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer in den letzten Jahren auf 6,7 Millionen gesunken. Doch spiegelt diese Zahl die gesellschaftliche Realität nur unzureichend wieder.

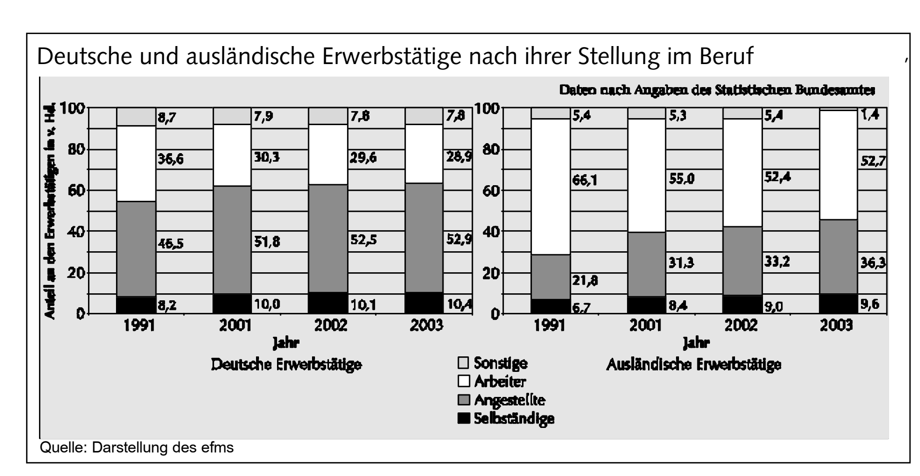
Denn über 14 Millionen Menschen, also fast jeder 5. Einwohner, haben einen Migrationshintergrund – unabhängig von ihrer deutschen oder ausländischen Staatsangehörigkeit.

Ob Ausländer (6,7 Mio.), Eingebürgerte (1,8 Mio.), Aussiedler (4,5 Mio.) oder Kinder aus binationalen Ehen (1,5 Mio.) – die Bevölkerung in Deutschland ist ethnisch, kulturell und religiös vielfältiger geworden. Jede fünfte Ehe ist binational, jedes vierte Neugeborene hat mindestens einen ausländischen Elternteil. In einigen Ballungsgebieten stammen schon heute 40% der Jugendlichen aus Migrantenfamilien – mit steigender Tendenz. Nicht nur unsere Gesellschaft, auch die Migrantenbevölkerung selbst ist vielfältiger und ausdifferenzierter geworden. Längst handelt es sich nicht mehr um eine reine Gastarbeiterpopulation, auch in der ausländischen Wohnbevölkerung haben wir es mit einer zunehmenden sozioökonomischen Differenzierung von Lebenslagen zu tun, der sehr unterschiedliche kulturelle, religiöse und politische Orientierungen entsprechen. Kulturelle und religiöse Vielfalt werden das Leben in unserer alternden Gesellschaft von Generation zu Generation stärker kennzeichnen.

Eine derartige Veränderung der Bevölkerungsstruktur ist eine große Herausforderung und birgt natürlich Konflikte. Unser Land steht vor der Aufgabe, sich selbst aufnahmefähig zu machen. Unsere gesellschaftlichen Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Ausbildungsmarkt, Arbeitsmarkt, Krankenhäuser und Altersheime müssen in die Lage versetzt werden, mit diesen Herausforderungen produktiv umzugehen und sich interkulturell zu öffnen. Unsere Städte müssen um ihrer Zukunft als Standort willen Leitbilder einer Einwanderungsstadt entwickeln und implementieren, müssen ihre Quartiere zu Orten sozialer Integration machen. Und vor allem unser Bildungssystem muss den Umgang mit der wachsenden gesellschaftlichen Vielfalt lernen.

Integrationspolitik ist damit mehr als Ausländer- oder Minderheitenpolitik, auch mehr als Sprachförderung und Eingliederungshilfe. Integrationspolitik ist Gesellschaftspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Politische Handlungskonzepte müssen die Lebenssituation einer wachsenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund regelmäßig und in allen Bereichen mit berücksichtigen. Integrationspolitik betrifft damit alle Politik- und

Lebensbereiche und muss als Querschnittsaufgabe verstanden und verankert werden. Nach 50 Jahren Einwanderung muss die „conditio sine qua non“ der Integrationspolitik lauten: Einwanderer sind Teil dieser Gesellschaft, sie gehören selbstverständlich dazu.



Quelle: Darstellung des efms

Die Werte des Grundgesetzes und die darauf basierende Rechtsordnung, die Würde jedes einzelnen, die Gleichheit von Frau und Mann, die Religionsfreiheit und die Meinungsfreiheit sind die Geschäftsgrundlage, auf der Integration stattfindet. Sie stehen nicht zur Disposition, auch nicht im Namen einer Religion oder Kultur. Pluralität macht die Verständigung über gemeinsame Werte und Regeln nicht einfacher, aber umso nötiger. Ein Missverständnis wäre aber auch zu glauben, „Multikulturalität“ sei schon ein Konzept, das den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft herstellen könne. Multikulturalität ist eine Tatsache, Integration ist eine Aufgabe. Wir brauchen eine Politik der Einbürgerung, die auf den gleichberechtigten und selbstbestimmten Bürger setzt, aber auch ein Identifikationsangebot mit dem pluralistischen und demokratischen Leitbild und den Werten unserer Gesellschaft macht. Nur wenn wir Einheimische wie Zugewanderte von den Werten unserer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft überzeugen und Ungleichheitsideologien entschieden entgegentreten, kann sich eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung entwickeln.

Presseerklärung, 23. Juni 2005
Der Bericht ist als Download über die Internetseite der Ausländerbeauftragten zu bekommen:
www.integrationsbeauftragte.de/ ■

Bundesausländerbeirat: Doppelpass darf keine Tabu mehr sein!

NÜRNBERG. Scharfe Kritik an den Aufenthaltsregelungen für Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, hat der Bundesausländerbeirat auf seiner Sitzung in Nürnberg geübt. Für Memet Kilic, Vorsitzender der Beirats, ist der Umgang mit den ehemaligen Deutschen schlichtweg unerträglich und ein integrationspolitischer Skandal: „Menschen, die mit ihrer Einbürgerung gezeigt haben, dass sie in der deutschen Gesellschaft angekommen sind, sind jetzt nicht nur wieder rechtlich Ausländer, sondern bekommen vielfach einen schlechteren Aufenthaltsstatus als vor ihrer Einbürgerung.“ Manche Berufsgruppen müssten gar um ihre Existenz fürchten. „Besser kann man gar nicht demonstrieren, wie schlecht es um die Integration in Deutschland bestellt ist,“ so Kilic. Besonders dramatisch sei die Situation für diejenigen, die vor 2000 Deutsche geworden sind und gar nicht wussten, dass sie mit dem Erwerb einer weiteren Staatsangehörigkeit automatisch die Deutsche verlieren. Kilic: „Wir können nicht hinnehmen, dass statt der Verursacher nun die Betroffenen das handwerkliche Unvermögen der Berliner Politiker ausbaden müssen.“ Der Bundesausländerbeirat verlangte deshalb eine sofortige Übergangsregelung für alle, die bei ihrer Einbürgerung in Deutschland nicht von Amts wegen über die Folgen des neuen Staatsangehörig-keitsrechts informiert wurden. Allen anderen müsse zumindest der vergleichbare Aufenthaltsstatus wie vor der Einbürgerung zuerkannt werden.

Kilic: „Wir brauchen eine sofortige Nachbesserung des Staatsangehörigkeits- und Aufent-haltsrechts. Der derzeitige gesetzgeberische Stillstand in Berlin darf nicht zu Lasten der Menschen gehen. Der enormen Verunsicherung und Angst bei den Betroffenen muss umgehend ein Ende bereitet werden!“ Unakzeptabel ist für den Bundesausländerbeirat zudem die Vorgabe aus Berlin, dass bei Wiedereinbürgerungen ausschließlich das aktuelle Recht gelten soll. Damit werde einem Teil der Betroffenen der Weg zur erneuten Einbürgerung verbaut. Kilic forderte daher die Bundesregierung auf, für Wiedereinbürgerungen eine vereinfachte gesetzliche Übergangsregelung zu schaffen: „Diese Lösung würde vor allem sehr viel Mühen, Kosten und Verwaltungsaufwand sparen. Es ist schlicht nicht nachvollziehbar, dass Menschen, die das Einbürgerungsverfahren schon erfolgreich durchlaufen haben, das umfangreiche Prozedere noch ein Mal von Vorne beginnen müssen!“ Dem angerichteten Chaos könne nach Ansicht des Bundesausländerbeirates unproblematisch ein schnelles Ende bereitet werden. „Der Doppelpass ist in Deutschland schon lange nicht mehr die Ausnahme. Mit vielen Ländern besteht schon jetzt ein Abkommen über die Zulassung von Mehrstaatigkeit. Was für Italiener, Griechen, Portugiesen, Polen und viele andere geht, muss auch für alle anderen gelten, die in Deutschland Zuhause sind!“, sagte Kilic.

Seit dem 1. Januar des Jahres 2000 geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, wenn ein Bürger eine andere Staatsangehörigkeit annimmt, ohne zuvor eine Beibehaltungsgenehmigung erhalten zu haben. Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit tritt automatisch bereits zu dem Zeitpunkt in Kraft, an dem die beantragte Staatsangehörigkeit nach ausländischem Recht wirksam geworden ist. Bundesweit sind schätzungsweise weit mehr als 50. 000 Menschen – vor allem Personen türkischer Abstammung – durch diese grundlegende Gesetzesänderung betroffen. Sie sind bereits wieder de-facto Ausländer und brauchen eine Aufenthaltsgenehmigung. Dies gilt auch für Personen, die vor 2000 Deutsche geworden sind oder als Deutsche geboren wurden, aber erst nach dem 1.01.2000 ohne Genehmigung eine zusätzliche Staatsangehörigkeit erworben haben. Letzterer Personenkreis wurde nicht über die Konsequenzen des Erwerbs einer weiteren Staatsangehörigkeit von Amts wegen in Kenntnis gesetzt. Einbürgerungsbewerber nach 2000 bekamen beispielsweise in Hessen erst ab 2001 eine Information über den möglichen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Bis zum Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes am 1.1.2005 gab es jedoch keine Regelung, wie mit den Betroffenen ausländerrechtlich zu verfahren ist. Es ist daher sicher kein Zufall, dass erst zu Beginn dieses Jahres die Frage des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit medienwirksam lanciert wurde. Nunmehr haben die Betroffenen 6 Monate nach dem Bekanntwerden Zeit, einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels stellen, um ihren Anspruch auf eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis zu wahren. In vielen Bundesländern wurde ein Fristbeginn 1.1.2005 festgelegt, so dass der Anspruch in diesen Ländern mit dem 30.6.2005 endet. Wiedereinbürgerungen sind möglich, aber nur nach den inzwischen verschärften Regelungen des Staatsangehörigkeitsrechts. Das gesamte Verfahren ist erneut zu durchlaufen.

www.agaby.de/pm/verluststaatsang.html ■

Rezensiert: Götz Aly, Hitlers Volksstaat, Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus

Provokant, lesenswert, aber in der Hauptaussage schlicht falsch

Hauptthese: „Gefälligkeitsdiktatur"

Die Hauptthesen des Autors sind schnell erzählt und auch im Klappentext genannt: „Während des Zweiten Weltkrieges verwandelte die Regierung Hitler den Staat in eine Raubmaschine ohne Beispiel. Die große Mehrheit der Deutschen stellte sie mit einer Mischung aus sozialpolitischen Wohltaten, guter Versorgung und kleinen Steuergeschenken ruhig. Die Kosten dieser Gefälligkeitsdiktatur hatten Millionen von Europäern zu tragen, deren Besitz und Existenzgrundlagen zum Vorteil der deutschen Volks- und Raubgemeinschaft enteignet wurden. Der Autor zeigt, wie die Erlöse aus dem Verkauf von jüdischem Vermögen überall in Europa in die deutsche Kriegskasse flossen und damit auch in die Taschen der Soldaten. …

Hitler erkaufte sich die Zustimmung der Deutschen mit opulenten Versorgungsleistungen, verschonte sie von direkten Kriegssteuern, entschädigte Bombenopfer mit dem Hausrat ermordeter Juden, verwandelte Soldaten in ‚bewaffnete Butterfahrer' und ließ den Krieg weitgehend von den Völkern Europas bezahlen. Den Deutschen ging es im Zweiten Weltkrieg besser als je zuvor, sie sahen im nationalen Sozialismus die Lebensform der Zukunft – begründet auf Raub, Rassenkrieg und Mord."

„Wie konnte das geschehen?"

Die Ausplünderung der vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Länder Europas haben vor Aly schon zahlreiche andere Autoren und Historiker geschildert. Aly schildert diese Raubzüge deutscher Soldaten und die dahinter stehende Systematik der Ausplünderung Europas durch das NS-Regime aber unter einem anderen Gesichtspunkt als manche vor ihm – unter einer wichtigen Fragestellung. Sie lautet: „Wie konnte das geschehen? Wie konnten die Deutschen aus ihrer Mitte heraus beispiellose Massenverbrechen zulassen und begehen – insbesondere den Mord an den europäischen Juden?" (Seite 35) Wobei die Betonung auf dem Wort „Massen" liegt. Das meint nicht nur die massenhaften Opfer, sondern vor allem auch die massenhaften Täter.

Was den Autor umtreibt, ist die Frage, welche Leimruten das NS-Regime auslegte, um offene und stillschweigende Anhänger für seine Politik zu gewinnen, Anhänger, die zum Beispiel den Anschluss des Saarlandes, die Annexion Österreichs oder den Einmarsch der Nazi-Truppen in die sogenannten „Sudetendeutschen Gebiete" der Tschechoslowakei jubelnd begrüßten und feierten, die von KZs und Judendeportationen wussten und die – Schritt für Schritt – zu Mittätern bei immer größeren Verbrechen wurden, angefangen von den sofort zu Kriegsbeginn in Polen verübten Verbrechen und dann – immer schrecklicher werdend – im Feldzug gegen die Sowjetunion.

Diese Fragen beschäftigen viele schon lange. In dieser Zeitschrift etwa wurde schon Mitte der 80er Jahre ausführlich beschrieben, wie das NS-Regime die inneren Erschütterungen der „Heimatfront", die das Kaiserreich im ersten Weltkrieg zugrunde richteten, den Hunger und das Elend der Soldatenfamilien, als eine von vielen „Lehren" der herrschenden Klassen aus dem ersten Weltkrieg mit allen Mitteln zu vermeiden suchte – und dass dies eines der Motive für die sofort nach Kriegsbeginn einsetzende Rekrutierung von Zwangsarbeit nach Nazi-Deutschland und später dann die ungeheuerliche Ausplünderung der besetzten Länder war, insbesondere im Osten.

Raub, Verschleppung, Massenmord

Aly beschreibt dies noch sehr viel ausführlicher. Er listet die Hunderttausenden Tonnen von Lebensmitteln, die insbesondere aus der Sowjetunion ins Reich verschleppt wurden, akribisch auf. Fast 4,4 Millionen Tonnen Getreide, fast 500.000 Tonnen Fleisch, über 700.000 Tonnen Speiseöle und Fette und fast 1,9 Millionen Tonnen Kartoffeln meldete das Statistische Reichsamt an geraubten Lebensmitteln aus den eroberten Teilen der Sowjetunion in den Jahren 1941 bis 1943. Tödlicher Hunger in den von diesem Raub betroffenen Gebieten und eine bis kurz vor Kriegsende noch relativ gute Lebensmittelversorgung im Reich waren die Folge.

„Schlemmerlokale in Belgien", „Frankreich ohne Grenzen", „Italien: bezahlt wird nicht" und im „Ergänzungsraum Ost: Sklavenarbeit für das Reich" lauten die Überschriften der entsprechenden Abschnitte, in denen Aly diesen Raub mit vielen Beispielen und Dokumenten schildert. Beklemmend: Der Begriff „Otto Normalverbraucher" entstand in dieser Zeit.

Ausführlich ist auch das Kapitel über „Die Enteignung der Juden" und deren Bedeutung für die NS-Kriegsfinanzierung. Welches Ausmaß diese Plünderung hatte, welche Gemeinheiten dabei stattfanden und mit welcher Hartnäckigkeit der deutsche Staatsapparat und deutsche Unternehmen sich bis heute gegen jede Wiedergutmachung sträuben, war während der Auseinandersetzung um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit erneut zu beobachten – etwa als es um die Rückgabe arisierter jüdischer Bankguthaben durch deutsche Banken und Versicherungen ging.

Alles Schlechte kommt von kleinen Leuten? Merkwürdige Lücken

Merkwürdig ist aber: Unternehmen als Akteure der Arisierung werden von Aly überhaupt nicht erwähnt. Vielleicht, weil das in den „OMGUS"-Bänden („Ermittlungen gegen die Deutsche Bank" und „Ermittlungen gegen die Dresdner Bank") schon lange dokumentiert ist?

Ärgerlich und zum Teil direkt falsch sind andere Thesen. Überschriften wie „Im Schein des Aufschwungs. Arisierung für den Krieg. Steuermilde für die Massen. Steuerhärte gegen die Bourgeoisie" deuten an, worauf der Autor bei der Bewertung des NS-Regimes hinaus will. Er erwähnt die von den Nazis eingeführte Steuerfreiheit für Nacht- und Schichtzuschläge, die Anhebung der Renten 1941 und die Einführung der obligatorischen Krankenversicherung für Rentner im gleichen Jahr, die relativ hohen Leistungen für Familien von Wehrmachtsoldaten, die steigenden Nahrungsmittelpreise und konstanten Steuern für die Bauern und schlussfolgert aus alle dem: Das NS-Regime war eine „Gefälligkeitsdiktatur". Ach ja? Dann herrschten im römischen Weltreich auch nicht die Sklavenhalter, sondern die Plebejer und Freigelassenen, die mit „Brot und Spielen" bei Laune gehalten wurde?

Das Ermächtigungsgesetz, das sofort nach Machtantritt verhängte Verbot und die Verfolgung der KPD, der SPD, später auch der anderen demokratischen Parteien, das Verbot und die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Gestapo, SA und SS, die Konzentrationslager: all das wird von Aly nur am Rande gestreift, zum Teil überhaupt nicht erwähnt. Warum nicht? Um die These der „Gefälligkeitsdiktatur" plausibel zu machen? Auch die von Bettelheim und anderen Faschismusforschern schon lange bekannte Tatsache, dass die Reallöhne der Beschäftigten im Nazi-Reich bei Kriegsbeginn 1939 deutlich niedriger als 1929 lagen, ficht Aly nicht an. Was soll diese selektive Sicht auf die Wirklichkeit?

Noch ärgerlicher wird es bei den Leimruten. Alles Schlechte kommt von unten, scheint die Devise des Autors zu sein, wenn man überprüft, welche Leimruten der Autor

nennt und welche er verschweigt. Die Karrierebeschleunigung und Vermögensmehrung für Beamte, Professoren, Ärzte, Offiziere, Manager, kurz: für die so genannten „feinen Leute“, den akademischen und (Unternehmen und Behörden) leitenden Mittelstand, im Kontext der Judenverfolgung ist für Aly kein Thema – jedenfalls nicht in diesem Buch. Warum nicht?

Reichsschuld schlicht vergessen?

Direkt zu falschen Schlüssen verrennt sich der Autor schließlich, wo er auf die Finanzierung des Krieges kommt. Aly vergleicht die „externen Kriegseinnahmen“, also die den besetzten Ländern vom NS-Regime direkt und indirekt auferlegten Besatzungskosten, die Erträge (nur des deutschen Reiches, nicht die der Konzerne) aus Zwangsarbeit und ähnliche Einnahmen (zusammen nach seinen Berechnungen etwa 168 Milliarden Reichsmark) mit den „inneren“ Kriegseinnahmen. So weit, so gut. Aber: Als „innere“ Einnahmen betrachtet Aly ausschließlich die regulären Steuer(mehr)einnahmen im Reich (nach seinen Berechnungen 84 Milliarden Reichsmark).

Sein Fazit daraus: „Bezogen auf die laufenden Kriegskosten des Reiches bezahlten die deutschen Klein- und Durchschnittsverdiener – das waren einschließlich der Familien etwa 60 Millionen Menschen – allenfalls zehn Prozent. Die besser verdienenden Deutschen trugen etwa 20 Prozent, während Ausländer, Zwangsarbeiter und Juden rund 70 Prozent der Gelder aufzubringen hatten, die der Krieg auf deutscher Seite täglich verschlang. Auf dem Boden einer solchen doppelten, rassen- und klassenbewusst organisierten Vorteilsnahme ließen sich die Masse der Deutschen bis weit in die zweite Kriegshälfte hinein bei Laune halten. Die verbrecherische Kehrseite ihres sozial- wie rasseimperialistisch gespeisten und zudem kriegssozialistisch versüßten Wohllebens verdrängten sie dauerhaft.“ (S. 326)

Der englische Wirtschaftswissenschaftler J. Adam Tooze hat in der „taz“ (12.3.05 und 16.3.05) darauf hingewiesen, dass sich Aly bei dieser kühnen These „schlicht verkalkuliert“ hat. Aly vergisst nämlich die Kriegsfinanzierung durch Kredite. Die kurz-, mittel- und langfristige Verschuldung des Deutschen Reiches betrug 1939, also bei Kriegsbeginn, bereits 42,7 Milliarden Reichsmark, hatte sich damit gegenüber 1933 verdreifacht. Der Notenumlauf der Reichsbank war im gleichen Zeitraum von 3,6 Milliarden Reichsmark auf 11 Milliarden Reichsmark gestiegen. Bis Ende 1943 stieg dieser Notenumlauf dann weiter auf mehr als das Dreifache, auf 34 Milliarden Reichsmark, während die direkte Reichsschuld sogar auf 390 Milliarden Reichsmark in die Höhe schoss (alle Zahlen nach Bettelheim, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus).

Diese „Reichsschuld“ – zusammen mit dem Notenumlauf fast doppelt so viel wie die von Aly berechnete „externe“ und „interne“ Kriegsfinanzierung zusammen – war eine gigantische Spekulation auf den Sieg im Raubkrieg. Diese Schuld – das macht Aly auch deutlich – sollte bei einem Nazi-Sieg von den Bevölkerungen der besetzten Länder abgetragen werden.

Es ist wirklich schade, dass Aly diesen überwiegenden Teil der NS-Kriegsfinanzierung nicht beachtet. Denn die Besitzer all dieser „Papierchen“ waren eben nicht die „kleinen Leute“, die er zu den Hauptnutznießern des NS-Regimes erklärt, sondern die „besseren“, sprich vermögenderen Kreise. Eine Blick auf Reichsschuld und Reichsbank hätte Aly also vor dem Irrtum der Einstufung des NS-Regimes als „Gefälligkeitsdiktatur“ für kleine Leute bewahrt.

Bei Bettelheim lassen sich übrigens – ebenso wie bei anderen Historikern wie Eichholtz – auch die explodierenden Gewinne der Konzerne unter dem Nationalsozialismus nachlesen. Auch die lässt Aly weg. Warum? Wem soll das nützen?

Trotzdem: Ein lesenswertes Buch!

rül ■

Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, S. Fischer Verlag, 2005, 446 Seiten, ISBN 3-10-000420-5, 29,90 Euro.

Das sagen andere

„Kriegsgewinnler Volk“

„… Wer profitierte von den Nazis? Wer hatte Nutzen von ihrem Regime? Seine Antwort: Nicht die aggressivsten Teile des Finanzkapitals, wie eine längst obsolet gewordene ‚Faschismustheorie‘ einst behauptete, sondern in hohem Maße gerade die breiten Schichten der Bevölkerung“.

Arno Widmann, ehemaliger Chefredakteur der „taz“, Redakteur der Berliner Zeitung, ebenda, 29.4.2005

„Was bekam des Soldaten Weib?“

„Brecht wusste es auch schon – und besser: Deutsche Soldaten haben im Zweiten Weltkrieg nicht nur gemordet, sondern auch geklaut. Brecht listet in seinem Gedicht auf, was des ‚Soldaten Weib‘ aus den Hauptstädten der Länder bekam, die von deutschen Truppen überfallen und besetzt wurden: Aus Prag die ‚Stöckelschuhe‘, aus Warschau das ‚leinerne Hemd‘, aus Oslo das ‚Kräglein aus Pelz‘ etc. …

Lassen wir den großen Dichter und kommen zu dem Politologen Götz Aly. Er beweist in seinem schnell zum Bestseller hochgepuschtem Buch, dass Brecht Recht hatte. Viele deutsche Soldaten, Aly nennt und zitiert vornehmlich Heinrich Böll, haben sich an der Ausplünderung der von den deutschen Armeen überfallenen Länder beteiligt. Doch letztlich zu welchem Preis? Den Brechtschen ‚Witwenschleier‘ erwähnt Aly nicht.

… Der Faschismus sei ein ‚nationaler Sozialismus gewesen, der die Grundlagen des bundesrepublikanischen ‚Sozialstaates‘ gelegt habe und der dem ‚real existierenden Sozialismus‘ weit überlegen gewesen sei etc. etc. Muss man diesen, gelinde gesagt, Unsinn widerlegen? Leider ja … Hitlers ‚Volksstaat‘ war längst nicht so modern, wie dies neben Aly auch einige neurechte Ideologen wie Rainer Zitelmann behaupten.

Doch warum das alles? Warum wird der Antifaschismus verschwiegen? Warum wird aus der ‚terroristischen‘ eine ‚Gefälligkeitsdiktatur und aus dem Faschismus ein ‚nationaler Sozialismus‘? Warum so viel Häme über die ‚Millionen einfacher Deutscher‘ und so viel Verständnis für die ‚Bourgeoisie‘? Weil alles nicht so gewesen sein soll, wie es gewesen ist, und weil es nicht besser werden soll, wie es ist. … Aly möchte ein verspäteter Renegat sein und schielt nach dem rechten Beifall.“

Wolfgang Wippermann in „antifa“, hrsg. vom Bundesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Juni 2005

„Ich habe viel von Aly gelernt“

Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei des Demokratischen Sozialismus, wandte sich gegen Alys Rede vom ‚nationalen Sozialismus‘ Die von ihm geschilderten Reformen seien Frucht einer höchsten Steigerung der Ausbeutung gewesen, also vom Gegenteil des Sozialismus. Aber „ich habe viel von Aly gelernt. Er liefert beeindruckend und so wie ich es noch niemals gelesen habe, eine Empirie des Massenverhaltens während des Nationalsozialismus … Die Nazis haben, neben der Propaganda, neben dem Terror, die es gab, die Aly nicht leugnet, die aber nicht Thema seines Buches sind, die Zustimmung der Massen auch erkauft durch systematische Bestechung mittels sozialer Wohltaten.“

Lothar Bisky, PDS, laut Berliner Zeitung, 29.4.2005

Antifacamp Weimar/Buchenwald, 23. Juli bis 30. Juli

Das Antifacamp 2005 Weimar/Buchenwald wird in der letzten Juliwoche vom 23.7. bis 30.7.2005 stattfinden. Weitere Infos (Gesamtprogramm, Ablauf usw.) unter: www. antifacamp.de.vu. Hier einige Programmpunkte:

ARBEITSPROJEKTE:

Projekt Steinbruch
Dieser Ort ist wie kein anderer dazu geeignet, das Konzept der Faschisten „Vernichtung durch Arbeit" zu verdeutlichen. In diesem Steinbruch wurden von den Häftlingen Steine für den Aufbau des Konzentrationslagers und vor allem auch für die gigantischen Bauten der Gauhauptstadt Weimar gebrochen. Dieses Arbeitskommando galt als Todeskommando. Wer einmal in den Steinbruch abkommandiert wurde, überlebte dieses auf Dauer nicht. Schikanen, willkürliche Tötungen, aber hauptsächlich die gewollt unmenschlich schwere Arbeit, sollten die Häftlinge am Ende physisch vernichten.

Projekt Bahndamm
In den ersten Jahren des Konzentrationslagers Buchenwald kamen die Deportationszüge noch am Hauptbahnhof in Weimar an. Die Häftlinge mussten den 8 km langen Weg nach Buchenwald in großen Kolonnen zu Fuß bewältigen. Schließlich mussten sie, auch um eine Verkehrsanbindung für die Gustloffwerke 2, welche in die Rüstungsindustrie eingebunden waren, herzustellen, eine Bahnverbindung bauen. Über die Jahre wurden hierüber knapp eine viertel Million Menschen in die faschistischen Vernichtungslager deportiert.

Projekt Gustloffwerke
Diese Rüstungsbetriebe befanden sich in unmittelbarer Nähe des Häftlingslagers. In den Hallen mussten fachlich ausgebildete Häftlinge neben ZwangsarbeiterInnen, aber auch zivilen Beschäftigten, Gewehrläufe und ähnliche Produkte für die Nazis produzieren. Diese Produktionsstätten wurden von den Amerikanern kurz vor Kriegsende schwer bombardiert. Dabei kamen leider auch viele Häftlinge ums Leben.
Hier werden wir den ehem. Postenweg der SS, der das Gelände erschließt, mit unserer mobilen Pflegegruppe überarbeiten.

Der SS-Schießstand
Der SS-Schießstand ist bis heute noch nicht eindeutig lokalisiert worden. Dort wurden von der SS umfangreiche Erschießungen durchgeführt. Dieses Projekt beschäftigt sich mit Such- und Probegrabungen, denen bei Erfolg eine gründliche Freilegung folgen wird.

Projekt Pferdestall
An diesem Projekt werden unsere mehrjährigen Arbeiten fortgesetzt. Am Anfang des Lagerbetriebes wurden dort die Pferde der SS untergebracht, später wurde er zu einer besonders perfiden Hinrichtungsstätte ausgebaut. Dort war eine, als medizinische Untersuchungsstelle, getarnte Genickschussanlage installiert. Von 1941 bis 1945 wurden dort fast ausschließlich sowjetische Kriegsgefangene (ca. 8500) hingerichtet. Die verbliebene Fundamentmauer wird von uns abgetragen und neu aufgemauert. Die Abdeckplatten der Mauer werden wir mit neuen ersetzen.

Kleines Lager
Hier zeichnen wir wieder für ein praktisches Arbeitsprojekt auf dem eigentlichen Gedenkstättengelände verantwortlich. Unter fachlicher Anleitung des zuständigen Museologen, gilt es hier u. a. Pflege und Erhaltungsmaßnahmen durchzuführen.
Damit schließt dieses Teilprojekt an Arbeiten an, die dass Antifacamp an gleicher Stelle bereits Mitte der 90iger Jahre initiiert und vorangetrieben hatte.

Müllhalde 2
Hinter diesem Projektnamen verbirgt sich ein Ort enormer historischer Bedeutung. Hier haben wir auch schon im letzten Jahr, in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte, historischen Bestand gesichert aus denen verwertbare historische Erkenntnisse abzuleiten waren.

VERANSTALTUNGEN:

Leseprojekt
Im Zentrum der Stadt Weimar werden wir auf öffentlichen Plätzen von 10 Uhr bis 12 Uhr täglich Lesungen durchführen. Die zu verlesenden Texte kann sich jede/r CampteilnehmerIn selbst auswählen, sie sollten sich aber im weitesten Sinne um das Thema Antifaschismus ansiedeln. Der Infoladen Dessau wird jeder/m Interessierten sein umfangreiches Material zur Verfügung stellen.

Campkino / Kneipe
Auf dem Campgelände zeigen wir täglich ab 22 Uhr politische Filme. Hierbei ist der erste stets ein Ausgesuchter und der Zweite ein Wunschfilm. Jeder Teilnehmer kann natürlich Filme (Video, DVD, Mpeg...) mitbringen und vorschlagen. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

„Königsberg, Kaiser-Wilhelm-Platz": Programmatisch prangt das Foto auf der Website, mit der die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder ihr Jubiläums-Symposium ankündigt. „750 Jahre Königsberg/Kaliningrad" lautet der Titel der Veranstaltung, die die Viadrina im Vorfeld der russischen Jubiläumsfeierlichkeiten Anfang Juli angesetzt hat. Die Frankfurter Hochschule setzt damit einmal mehr die deutsche Vergangenheit des russischen Kaliningrad auf die Tagesordnung.

„Königsberg/Kaliningrad", schreibt Karl Schlögel in seiner Einführung in das Veranstaltungsprogramm, „steht für ‚Glanz und Elend' einer europäischen Stadt". Der „Glanz", daran lässt der Viadrina-Professor für die Geschichte Osteuropas keinen Zweifel, ist der „Glanz der bedeutendsten Großstadt im ehemaligen deutschen Osten". An die Stadt, behauptet der Historiker, gebe es „zwei Erinnerungen", „die Erinnerung der aus ihrer Heimatstadt Königsberg Vertriebenen" und die Erinnerung von „Neusiedlern, die von Königsberg nur noch wenig wissen". Beide „Erinnerungen", das fordert Schlögel – in rhetorische Fragen verpackt –, müsse man nun „zusammenbringen".

Schlögel beschränkt sich nicht darauf, „Erinnerungen" im Reich der Ideen rein geistig zu verbinden. „Königsberg/Kaliningrad", schreibt er, erlebt ganz real ein „come-back". Die Stadt befinde sich heute in einer „exzentrische(n) Lage – fernab des russischen Mutterlandes, eine Exklave innerhalb der Europäischen Union". Ist dies nicht, postuliert Schlögel – wieder in eine rhetorische Frage verpackt –, „der stimulierendste Ausgangspunkt für alle Überlegungen über ein Europa, das eben weiter und größer ist als die derzeitigen Grenzen der Europäischen Union?"

Mit dem Kampfbegriff „Europa" auf Kaliningrad übergreifen: Das schlägt auch Wolfgang Gerhardt vor, der sich für den Außenministerposten in einer zukünftigen schwarz-gelben Bundesregierung warmläuft. „Ostpreußen ist im Begriff, eine europäische Region zu werden", erklärte er im Mai in einem Grußwort zum „Deutschlandtreffen" der Landsmannschaft Ostpreußen. Zwar ergäben sich „aus der besonderen Situation Ostpreußens, insbesondere seiner Teilung", gewisse „Probleme", schränkte Gerhardt ein. Doch könnten die deutschen Umgesiedelten mit ihrer Einmischung in Polen und Russland die „Probleme" beseitigen: „Ostpreußen hat vor allem dann eine Chance, wenn sich die, deren Heimat Ostpreußen war, ebenso engagieren, wie die, die heute dort leben." *jk* ■

„Dresdner Schule“: Faschistische Ideologiebildung auf Kosten der Steuerzahler

Nation & Europa Juni 2005

Der, vermutlich völlig realistischen, Meinung vieler Wähler(innen) schließt sich die Redaktion von „Nation & Europa“ mit der Titelgrafik ihres Juniheftes an: Griesgrämig schauen Bundeskanzler Schröder und seine Konkurrentin Angela Merkel in die untere rechte Heftecke während eine mit schwarzem Anzug bekleidete Puppe, die ein wenig an den verstorbenen Fernsehjournalisten Hauser erinnert, von einem Wasserguss getroffen wird. In grünen, roten, gelben und schwarzen Buchstaben werden die Leser(innen) suggestiv gefragt: „Neuwahl 2005: Vom Regen in die Traufe?“. Im Editorial äußert sich *Harald Neubauer* wortreich aber inhaltsarm in gleicher Weise. Soviel zum Thema Populismus.

Werner Baumann nimmt in ähnlich platter Weise „Abschied von der Demokratie“ und landet, nach einer Aufzählung richtig beobachteter Symptome einer Krise der deutschen Politik bei der üblichen Verschwörungsparanoia: „Oder ob wir bereits in einer Oligarchie, einer `Herrschaft Weniger´ leben, wo bei formeller Gleichberechtigung der Bürger die tatsächliche Macht in der Hand kleiner Funktionärsstäbe und Hintergrundzirkel liegt....Tatsächlich schätzen Politikwissenschaftler, daß bereits 80 % aller `deutschen´ Gesetze auf EU-Anweisungen beruhen. Diese wiederum entspringen zu einem erheblichen Teil den Vorgaben weltweit agierender Lobbyisten, die sich in `elitären´ Zirkeln überstaatlich absprechen“.In dieser Argumentation, so krude sie einem unvoreingenommenen Menschen vorkommen mag, steckt dennoch ein gewisser Sinn: Wer von einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung nicht reden will, muss Verschwörungen von „Hintergrundzirkeln“ erfinden, um die politischen Ereignisse zu erklären.

Nachdem Gianfranco Fini, Chef der italienischen Alleanza Nazionale, in führender Funktion der Regierung angehört und seine Partei sich von ihrer faschistischen Vergangenheit distanziert, ist der deutschen Rechten ein enger Bundesgenosse verloren gegangen. N&E bemüht sich offensichtlich um neue Freunde bei der rechten Separatistengruppe Lega Nord und interviewt *Mario Borghezio*, Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Die neue Freundschaft verwundert nicht wenn man Borghezios Einschätzung seiner Partei liest: „Innerhalb des `Hauses der Freiheiten´ (Casa della Liberta, Name der italienischen Rechtskoalition - tri) verkörpert die Lega...den politischen `Gendarmen´ um die Zuwanderung...zu überwachen....Es ist im Norden ein offenes Geheimnis, daß sich nicht nur zahlreiche Wähler, sondern auch viele der mittleren Funktionsträger der Alleanza, die durch Finis Kapriolen verunsichert sind, der Lega angenähert haben, an der sie sowohl den inneren Zusammenhalt als auch das Halten der eigenen Wahlversprechen schätzen, insbesondere in puncto Zuwanderung, wo die Lega eine `harte´ Linie fährt“. Antifaschistische Kreise in Deutschland und Italien sollten die sich offenbar anbahnende Zusammenarbeit in Auge behalten.

In Dresden gibt es um die Landtagsfraktion der NPD den Versuch, mit Steuergeldern eine braune Denkfabrik zu installieren, die „Dresdner Schule“. Ein Programmpapier der Initiative, an der wahrscheinlich u.a. *Karl Richter* beteiligt ist, beschreibt die Intention so: „Personell läßt sich die `Dresdner Schule´ am ehesten als locker gefügtes Agglomerat theoriefähiger Köpfe unter Einschluß und im Umfeld der sächsischen NPD-Fraktion beschreiben; es umfaßt Abgeordnete, wissenschaftliche Mitarbeiter und sonstige Zuarbeiter gleichermaßen, die - bedingt durch die Erfordernisse parlamentarischer Betriebsabläufe - im Gedankenaustausch miteinander stehen, den nationaldemokratischen Politikansatz formulieren, an seiner theoretisch-programmatischen Unterfütterung arbeiten und ihm so gedankliche Faßbarkeit, aber auch Wirkmächtigkeit nach außen verleihen“.

Inhaltlich gibt es wenig Neues:

- „Der Widerspruch der `Dresdner Schule´ bezieht sich im Besonderen auf das egalitär-behaviouristische Welt- und Menschenbild. Menschliche Identität gründet im wesentlichen auf der genetischen Mitgift“.
- „Insbesondere wendet sich die `Dresdner Schule´ vor diesem Hintergrund gegen die Menschenrechts-Lüge. Objektive `Menschenrechte´ gibt es nicht; vielmehr sind die sogenannten `Menschenrechte´ ein ideologisches Konstrukt, das im Gefolge der Französischen Revolution und verstärkt im Zuge der Weltanschauungskonflikte des 20. Jahrhunderts formuliert wurde...“
- „...werden sich ethnisch homogene Gesellschaftskörper mit relativ geringem Ausländeranteil als krisenresistenter und belastungsfähiger erweisen“.
- „Sowohl ihren historischen Entstehungswurzeln wie auch der geltenden Vertragslage nach ist die Bundesrepublik Deutschland kein souveräner Staat...Dieser Befund erklärt sich aus der Handlungsunfähigkeit Deutschlands im Gefolge der Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945, die weder mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes noch durch spätere bilaterale und internationale Verträge...wieder beseitigt worden ist“.

Soweit zum brauen Inhalt der Initiative. Worum es politisch geht, verschweigt das Programmpapier ebenfalls nicht: „Es ist ein Unterschied, ob ideologische Versatzstücke nur in einschlägigen Pubikationsorganen und Diskussionszirkeln des rechten Biotops erörtert werden - was erfahrungsgemäß mit dem weitgehenden Verzicht auf politische Außen- und Realwirkung verbunden ist - oder ob für die Einspeisung rechter Themen und Thesen das materielle Instrumentarium einer Landtagsfraktion zur Verfügung steht“. Der sächsische Haushalt wird also zur Finanzierung faschistischer Theoriebildung missbraucht - Grund genug die „Dresdner Schule“ genauer unter die Lupe zu nehmen und die Öffentlichkeit über die braunen Umtriebe im Dresdner Landtag zu informieren.

tri ■